



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2015/2

Datum/Zeit	Donnerstag, 7. Mai 2015, 18:00 - 22:00 Uhr	
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Mahler Rudolf (SP)	1
Mitglieder	Blaser Peter (SP)	
	Burckhardt Andreas (Grüne)	
	Burkhalter Hans Rudolf (Grüne)	
	Grossniklaus Bruno (parteilos)	
	Ögüt Hasan (SP)	
	Kehrli Rudolf (SP)	
	Lehmann Werner (SP)	
	Thomann Andreas (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Zeyer Priska (parteilos)	10
	Burri Simon (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hess Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	
	Schneiter Roger (SVP)	
	Studer Martin (SVP)	
	Weber Marlis (parteilos)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	11
	Bolliger Renate (EVP)	
	Fels Silvia (EVP)	
	Wagner Peter (EVP)	
	Wagner Rahel (EVP)	4
	Leumann Beat (FDP)	
	Weibel Tobias (FDP)	2
	Rüfli Roland (FORUM)	
	Schaller Esther (FORUM)	2
	Alberucci Luca (GLP)	
	Gasser Melanie (GLP)	
	Luyet Cédric (GLP)	3
	Löhner Sandra (CVP)	
	Rippstein Eduard (CVP)	2
	Total anwesend	<u>35</u>

Mitglieder Gemeinderat

Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Iten Thomas (Gemeindepräsident parteilos), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Alikei (SVP), Schoop

	Henrik (FDP), Unteregger Schütz Regula (SP) sowie die Gemein- schreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Gemeinbeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Bendoza Thomas (parteilos), Hubschmid Roger (FDP), Nova Colette (SP) und Thomann Thulani (SP)
Berater	zu den Traktanden Nr. 32 und 33: Niels Arnold, Abteilungsleiter Finanzen/Steuern

TRAKTANDEN

27.	Personalvorsorgestiftung Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO); Stand des Geschäftes	61
28.	Protokoll der 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 12. Februar 2015; Genehmigung	62
29.	Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 11. Dezember 2014; Genehmigung	63
30.	Geschäftsprüfungskommission; Genehmigung der Ersatzwahl	64
31.	Verwaltungsbericht 2014; Genehmigung	65
32.	Gemeinderechnung 2014; Genehmigung	72
33.	Interpellation Cédric Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermundigen durch FILAG; schriftliche Beantwortung	80
34.	Sanierung Stadttheater Bern 2013; Kreditabrechnung	81

35.	Kehrlichfahrzeug Nr. 3, Mercedes Econic, Jahrgang 1999; Kreditabrechnung	82
36.	Ersatz Tanklöschfahrzeug (TLF); Kreditbewilligung	83
37.	Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stärkung der ständigen Kommissionen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	85
38.	Motion Rudolf Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigen Strassen; Genehmigung Bericht der Arbeitsgruppe "Temporegime 30/50" - 2. Lesung	88
39.	Volksmotion betreffend Weiterführung des Angebotes der Aufgabenhilfe in den Ostermundiger Schulen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	94
40.	Volkspetition betreffend Weiterführung des Angebotes der Aufgabenhilfe in den Ostermundiger Schulen; Orientierung des Gemeinderates.....	99
41.	Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Musikschulzentrum Unteres Worblental - Stand der Dinge; schriftliche Beantwortung.....	100
42.	Orientierungen des Gemeinderates	101
a)	Aufgaben- und Leistungsüberprüfung; aktueller Stand	101
b)	Schweizerischer Fussballverband; Kostenübernahme "Cupfinal 2014"	101
c)	Infrastrukturplanung 2025; Planungsnachkredit.....	101
d)	Freibad; Abschluss Sanierungsarbeiten und Eröffnung am 9. Mai 2015	102
43.	Dringliche Interpellation Cédric Luyet (GLP) und Mitunterzeichnende betreffend Stellungnahme des Gemeinderates im Mitwirkungsverfahren zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK II); parlamentarischer	

Neueingang	103
44. Überparteiliche Motion betreffend Velohauptachse Ostermundigen - Bern - Köniz, parlamentarischer Neueingang	105
45. Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stabilisierung der Gemeinde- finanzen; parlamentarischer Neueingang	107
46. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Ober- feldquartier: Eine gute Mischung macht's aus!; parlamentarischer Neueingang.....	108
47. Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) - Allfällige Mehrkosten der Sanierung bei einer Überführung in eine Sammelstiftung und Abbildung der Sanierungskosten in den Gemeindefinanzen; parlamentarischer Neueingang	109
48. Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Umgang mit Hausbeset- zungen in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	111

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates des Jahres 2015. Ich heisse ebenfalls die Vertretenden der Presse sowie die anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Nach dem Rücktritt von Raphael Rutschi konnte der vakante Sitz von der FDP. Die Liberalen-Fraktion bis heute noch nicht besetzt werden.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend und der Rat ist somit beschlussfähig.

1. Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR) nimmt zu den Traktanden Nr. 32 und 33 der Abteilungsleiter Finanzen/Steuern, Niels Arnold, an der heutigen Sitzung teil.
2. Gestützt auf Artikel 53 Absatz 3 der GO GGR kann zu Traktandum Nr. 39 (Volksmotion) die Erstunterzeichnerin, Frau Sabine Hagi, zur gemeinderätlichen Beantwortung Stellung nehmen.
3. Der diesjährige Ratsausflug findet am Mittwoch, 13. Mai 2015, statt. Treffpunkt ist um 14.00 Uhr beim Bahnhof Ostermundigen.
4. Die nächste Sitzung findet termingemäss am 2. Juli 2015 statt.
5. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns in Stef's Kulturbistro.

Traktandenliste

- Das Traktandum Nr. 40 „Interpellation C. Luyet“ wird neu nach der „Gemeinderechnung 2014“ behandelt und wird somit neu zum Geschäft Nr. 33.
- Traktandum Nr. 42: Orientierungen des Gemeinderates
 - a. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung; aktueller Stand - Sprecher: Thomas Iten
 - b. Schweizerischer Fussballverband; Kostenübernahme - Sprecher: Erich Blaser
 - c. Infrastrukturplanung 2025; Planungsnachkredit - Sprecherin: Regula Unteregger
 - d. Freibad; Abschluss Sanierung und Eröffnung am 10. Mai 2015 - Sprecherin: Ursula Lüthy

Persönliche Erklärung

Priska Zeyer (parteilos): Ich schlage vor, dass Traktandum Nr. 41 vorzuschieben und direkt nach dem Traktandum Nr. 38 "Volksmotion betreffend Weiterführung den Angebotes der Aufgabenhilfe in den Ostermundiger Schulen" zu behandeln. Somit können zwei gleiche Themen fortlaufend beraten werden.

Parlamentarische Neueingänge

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die folgenden parlamentarischen Vorstösse sind heute Abend eingereicht worden:

- Dringliche Interpellation Cédric Luyet (GLP) und Mitunterzeichnende betreffend Stellungnahme des Gemeinderats im Mitwirkungsverfahren zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK II)
- Überparteiliche Motion betreffend Velohauptachse Ostermundigen - Bern - Köniz
- Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stabilisierung der Gemeindefinanzen
- Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Oberfeldquartier: Eine gute Mischung macht's aus!
- Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) - Allfällige Mehrkosten der Sanierung bei einer Überführung in eine Sammelstiftung und Abbildung der Sanierungskosten in den Gemeindefinanzen
- Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Umgang mit Hausbesetzungen in Ostermundigen

B e s c h l u s s

Die aktualisierte Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

20.9.21 Pensionskasse

27. Personalvorsorgestiftung Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO); Stand des Geschäftes

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich möchte dem Parlament eine Orientierung über den Stand (GPK 29.4.2015) der Personalvorsorgestiftung BIO bekannt geben. Die wichtigsten Facts der Präsentation sind:

- Der Personalvorsorgestiftung BIO sind 20 verschiedene Körperschaften angeschlossen. Die Anzahl aktive Versicherte beläuft sich auf 634 Personen und die Anzahl Rentnerinnen und Rentner auf 239 Personen. Das Gesamttotal (Aktive und Rentnerschaft) beträgt 873 versicherte Personen. Die Gemeinde Ostermundigen ist mit rund einem Drittel an versicherten Personen die grösste Körperschaft.
Der Deckungsgradverlauf 1983 bis 2015 zeigt, dass im Jahr 1989 der Deckungsgrad bei 100 % angekommen ist und bis 1999 auf 114,01 % angestiegen ist. Nach der Technokrise in den Jahren 2001/2002 stieg der Deckungsgrad bis ins Jahr 2007 wiederum auf 109,29 %. Es folgte die Immobilien-/Bankenkrise und der Deckungsgrad fiel auf 80,98 % (im Jahre 2008). Die folgende Schuldenkrise (Jahre 2010-?) hat bewirkt, dass der Deckungsgrad weiter unter 79 % sank (Ende 2014 = 78,7 %). Der technische Zinssatz steht im Mai 2015 bei 80,17 %.
- Der Stiftungsrat ist zum Schluss gekommen, die Personalvorsorgestiftung BIO zu sanieren. Dabei muss primär der politische Wille der drei Stiftergemeinden abgeklärt werden. Dazu wurde ein Ausschuss gegründet, welcher die Arbeitsfelder IST-Analyse, Sanierung, Recht, neue Struktur, Finanzierung und Kommunikation zu erarbeiten hat.
- Das Zeitprogramm sieht grob wie folgt aus (alle Angaben ohne Gewähr):
 - ① 11./12. Mai 2015: Information Körperschaften, Medien, Parteien, GPK
 - ① 2./3. Quartal 2015: Sanierungsplan inkl. Regulative
 - ① + 30 Tage: Konsultation
 - ① + 30 Tage: Aufarbeiten Konsultation
 - ① 3./4. Quartal 2015: Entscheid Stiftungsrat
 - ① 4. Quartal 2015: Entscheid Exekutive
 - ① 1. Quartal 2016: Entscheid Legislative
 - ① 2. Quartal 2016: Volksabstimmung
 - ① 1.1.2017: Umsetzung der Sanierung

(→ Die Präsentation wird dem ausgedruckten Protokoll angehängt.)

100.3.10.03 Protokollgenehmigung GGR

28. Protokoll der 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 12. Februar 2015; Genehmigung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Gibt es Wortmeldungen zum GGR-Protokoll Nr. 2?

Priska Zeyer (parteilos): Ich habe eine Textkorrektur zu meinem Votum auf Seite 9 anzu-
bringen:

...dies vor allem für Kindergartenkindern, welche *bereits* die Tagesschule besucht haben. ...

Christian Zeyer (SP): Ich habe eine Textkorrektur zu meinem Votum auf Seite 7 anzubringen:

...Die Massnahmen sollten im Jahre *2015* realisiert werden. ...

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Gros-
se Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 12. Februar 2015 wird genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung GGR

29. Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 11. Dezember 2014; Genehmigung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen zum Protokoll Nr. 6 vor.
Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 6 der GGR-Sitzung vom 11. Dezember 2014 wird genehmigt.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

30. Geschäftsprüfungskommission; Genehmigung der Ersatzwahl

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Roger Schneiter (SVP) wird Martin Studer (SVP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juni 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt.

31. Verwaltungsbericht 2014; Genehmigung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über den Verwaltungsbericht zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 5 der Gemeindeordnung des GGR (GO GGR) hat das Parlament sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Zuerst möchte ich mich für die zu Recht von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) bemängelten Fehlern im Verwaltungsbericht entschuldigen. Die von uns erbrachte Leistung muss als "nicht gut" taxiert werden. Wir werden versuchen herauszufinden, wie es zu diesen Fehlern kam.

Dem GPK-Protokoll kann entnommen werden, dass noch in diesem Jahr ein Ausschuss für Überarbeitung des Verwaltungsberichtes gebildet wird. Doppelspurigkeiten sollen in Zukunft vermieden werden und der Verwaltungsbericht muss kürzer verfasst werden. Im heutigen Verwaltungsbericht stimmen Aufwand und Ertrag nicht flächendeckend. Da muss das Verbesserungspotenzial zum Tragen kommen!

Der Gemeinderat war eventuell schneller als der Grosse Gemeinderat (GGR). Im Verwaltungsbericht auf Seite 22 soll die Motion "Temporegime" bereits abgeschrieben werden. Der Gemeinderat ist davon ausgegangen, dass der GGR an der Sitzung vom 12. Februar 2015 den Projektbericht abschreiben wird. Der Redaktionsschluss für den Verwaltungsbericht 2014 wurde im Februar 2015 festgelegt.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Von Seiten Gemeinderat liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit kann sich nun das Parlament zum Geschäft äussern.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion stimmt selbstverständlich dem Verwaltungsbericht 2014 inkl. den beiden Abschreibungen zu. Wir möchten den Mitarbeitenden für die erbrachten Leistungen im letzten Jahr der beste Dank aussprechen.

Jetzt komme ich noch zum "motzen": Es gibt nicht nur im vorliegenden Verwaltungsbericht viele Flüchtigkeitsfehler; auch in den gemeinderätlichen Botschaften und Vorlagen haben die Fehler markant zugenommen. Zum Beispiel sind die Unterlagen nicht komplett oder ganze Sachverhalte stimmen nicht. Der Gemeinderat und die Abteilungsleitenden haben dafür zu sorgen, dass dieser Missstand unverzüglich ausgeräumt wird! Auf einzelne Details möchte ich nicht näher eingehen.

Christian Zeyer (SP): Vielen Dank für den umfangreichen Verwaltungsbericht. Er ist gut zu lesen und gut gestaltet, erzeugt aber leider manchmal ungewollte Heiterkeit oder auch Ärger, je nachdem, wie man beim Lesen gerade gestimmt ist. Zum Teil wäre etwas mehr Sorgsamkeit angebracht. Die Fragen werde ich in der Detailberatung anbringen.

Peter Wagner (EVP): Wie jedes Jahr ist auch für das vergangene Jahr 2014 wieder ein sehr informativer und interessant zu lesender Verwaltungsbericht entstanden. Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und dem Personal aller Verwaltungsabteilungen ganz herzlich für ihren grossen Einsatz zum Wohl der Ostermundiger Bevölkerung! Ohne Sie alle wäre ein Zusammenleben, mit ihren Diensten in seiner Vielfalt, undenkbar.

① Ein Hinweis zu Seite 17:

Der Vermerk „Rückzug“ bei der EVP-Motion über das Wahl- und Abstimmungsreglement ist verwirrend. Sie wird durch die Verwaltung nochmals überarbeitet und wurde nicht durch die EVP zurückgezogen.

Wie der Gemeindepräsident bereits ausgeführt hat, schlägt er inskünftig einen weniger ausführlichen Verwaltungsbericht vor. Eine Arbeitsgruppe, auch mit GPK-Mitgliedern, nimmt sich der Sache an.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Zur Botschaft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit können wir die Detailberatung an die Hand nehmen.

Christian Zeyer (SP): Ich habe diverse Anmerkungen zum Thema "Motionen und Postulate":

① Seite 20 - Kapitel 1.2 Überparteiliche Motion vom 3. Juli 2008 betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen

Die Berichterstattung zu dieser Motion ist unvollständig und ist wahrscheinlich noch aus dem letzten Jahr. In der Beantwortung wird Bezug genommen auf den 1. Februar 2014. Die Beantwortung kann nicht stimmen.

① Seite 21 - Kapitel 1.6 Motion der SP-Fraktion vom 11. Dezember 2008 betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig

Der Text wurde jetzt endlich geändert, geschehen ist aber offenbar immer noch nicht so viel. Das ist für mich schon etwas fragwürdig. So schwer kann es nicht sein, es sei denn, man will damit eine Professur an einer Hochschule finanzieren. Ich frage mich wirklich, ob da nicht das Bessere zum Feind des Guten gemacht wird? Das ist zwar Schnee von gestern, aber ich bereue nicht, warum man nicht vor sieben Jahren nach der Verabschiedung einfach einen Entwurf gemacht und diesen pragmatisch verbessert hat.

Fazit

Man hat das Gefühl, die Motionen des Grossen Gemeinderats (GGR) sind dem Gemeinderat eher lästig als ein verbindlicher Auftrag.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Zu Kapitel 1.6 Motion der SP-Fraktion vom 11. Dezember 2008 betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig kann ich wie folgt Stellung nehmen:

Es kann durchaus der Eindruck entstehen, dass die politischen Vorstösse dem Gemeinderat lästig sind. Ich persönlich freue mich auf die Debatten mit dem Grossen Gemeinderat.

Momentan haben wir die Ressourcen und die Fachkompetenzen nicht, das Thema zu erarbeiten. Ab dem 1. August 2015 werden wir wieder die Stelle des Abteilungsleitenden Hochbau besetzen. Mehr als ein Jahr lang war diese Stelle vakant resp. unbesetzt. Der Abteilungsleiter Hochbau (in Zusammenarbeit mit dem Finanzverwalter) ist die korrekte Stelle, um die Thematik der Beschaffung vorzubereiten. Aus diesem Grund wurde im September vorgeschlagen, die nachhaltige Beschaffung durch eine externe Fachstelle erarbeiten zu lassen. Der Gemeinderat hat jedoch aus Kostengründen beschlossen, diese Arbeiten nicht extern zu vergeben. Gleichzeitig ist das Projekt vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) bei der Verwaltung eingetroffen. Das ARE hat im Dezember 2014 dem Fachausschuss für Bau, Umwelt und Energie (FABUE) das Projekt vorgestellt. Das Projekt harzt aus folgenden Gründen:

- Keine andere Gemeinde will mithelfen, einen Leitfaden/Reglement zu erstellen und
- der Projektleiter ist kurzfristig ausgestiegen.

Aufgrund der Diskussionen im Parlament im letzten Jahr, ist der Gemeinderat gewillt, klare Spielregeln betreffend Nachhaltigkeit zu erlassen. Wir können also nicht von „Verzögerungstaktik“ sprechen.

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Meine Anmerkungen zu Seite 20 - Kapitel 1.2 Überparteiliche Motion vom 3. Juli 2008 betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen:

Wie Christian Zeyer (SP) richtig bemerkt hat, hätte die Motion schon längstens abgeschrieben werden können. Die Abschreibung wurde mit der Initiative und dem vom Parlament zugestimmten Gegenvorschlag betreffend zusätzliche Kindertagesstätteplätze überholt.

Christian Zeyer (SP): Reglemente für nachhaltige Beschaffungen gibt es von verschiedenen Gemeinden. Das Thema "Energistadt" ist eine Massnahme davon. Abschreiben ist gar nicht so schlecht und kostet die Gemeinde auch nicht so viel.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Nicht die Motion soll abgeschrieben werden, sondern das Abschreiben resp. Kopieren von anderen Gemeinden?

Ich möchte bei einer anderen Gelegenheit gerne orientieren, wie wir genau so vorgegangen sind. Was ist die Quintessenz daraus: Das ganze Beschaffungswesen ist juristisch kompliziert bzw. nicht einfach.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Ressourcen äussert knapp sind. Ich kann jedoch auch das Votum von Christian Zeyer (SP) gut verstehen. Vielleicht wäre es bei dieser Gelegenheit nicht schlecht, wenn der Gemeinderat das Parlament über diese Themen informiert. Wir haben im Parlament Personen, welche die Thematik gut verstehen und eine Begleitkommission oder -gruppe begleiten könnten. Das ist mein persönlicher Lösungsvorschlag.

Andreas Thomann (SP): Ich habe eine Frage zu:

① Seite 35 - Kap. 10.3 Lehrstellen und 10.4 Praktikumsstellen

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Lehrstellen "1 Fachfrau/Fachmann Betreuung, Fachrichtung Kinderbetreuung" und die vier Praktikumsstellen "Bereich Kindertagesstätte" angeboten werden. Die Kindertagesstätte (öffentliche wie private) nehmen stetig zu. Die Bedürfnisse sind vorhanden. Ebenfalls sind die Bedürfnisse für professionelles Personal vorhanden. Es werden Personen gesucht. Es gibt auch viele Junge, welche eine solche Lehrstelle suchen.

Ist der Gemeinderat bereit, das Ungleichgewicht von vier zu eins Stellen zu korrigieren? Die SP/Grüne-Fraktion würde es begrüßen, wenn eine vier zu zwei Lösung angeboten werden kann. Wie sieht die Planung des Gemeinderates aus?

Christian Zeyer (SP): Meine Bemerkungen zu:

① Seite 27 - Kap. 2.2.3 Überbauungsordnung Schwandi

Uns sind folgende Dinge aufgefallen: Die städtebauliche Entwicklung (Kablan) in der ZPP Nr. 33, eine der wohl prägendsten Veränderungen im oberen Dorfteil, wird mit keinem Wort erwähnt. Wir bitten den Gemeindepräsidenten dazu Stellung zu nehmen.

Ausserdem zur Planung zur ÜO Schwandi: Das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt. Man möchte schon gerne wissen, wie es zu einer solchen Situation kommen konnte. Ich kann nicht verstehen, wie man in der unmittelbaren Nähe des planerischen Hot-Spots der Nachbargemeinde eine Planung macht, ohne sich mit der Nachbargemeinde gut abzusprechen? Ich könnte mir vorstellen, dass die Kablan bezüglich dieser Entwicklung auch nicht gerade begeistert ist. Was geschieht hier weiter?

Thema "Energie": Im Verwaltungsbericht fehlt etwas dazu; proaktive Energieprojekte können nirgends so gut aufgenommen werden wie in einer Überbauungsordnung oder einer Zone mit Planungspflicht (ZPP).

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Zum Votum von Andreas Thomann (SP) kann ich folgendes erwähnen: Der Vorstoss der SP/Grüne-Fraktion zum Thema Lehrstellen und Praktikumsplätze wurde im letzten Jahr begründet. Momentan sind aus örtlichen und personellen Gründen keine Veränderungen möglich. Wir werden weiterhin daran arbeiten und versuchen, mehr Stabilität in der Kindertagesstätte zu erreichen. Es gibt Entwicklungen mit privaten Kindertagesstätten. Vielleicht können Plätze für zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Ich kann jedoch keine Versprechen abgeben.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Den Hinweis zur ZPP Nr. 33 "San Siro" nehme ich gerne auf. Bereits bei der "Prognose zur Gemeindeentwicklung" im Dezember 2014 wurde der Sachverhalt ausführlich beschrieben. Sachen, welche bereits vor zwei oder drei Monaten diskutiert worden sind, sollen nicht nochmals im Verwaltungsbericht abgebildet werden. Im letzten Jahr nahm der Gemeinderat zur Kenntnis, dass die Planungskommission der Auffassung ist, dort eine Nutzungserhöhung vorzusehen. Der Gemeinderat wurde beauftragt, zusammen mit der Grundeigentümerschaft diesen Vorschlag zu verifizieren. Im Verlauf dieses

Jahres dürften erste Schritte bzw. Resultate erwartet werden. Der Ball liegt momentan noch bei der Grundeigentümerschaft.

Zum Stand der Fussballplätze Oberfeld sowie Rüti 1 und 2: Der Gemeinderat hat anfangs 2015 entschieden, die Entwicklung der Sportplätze in der Prioritätsstufe zurückzusetzen. Im Zusammenhang mit dem Volksentscheid zum Tram Region Bern ist der Entscheidungsdruck gewichen.

Zum Thema Überbauungsordnung Schwandi (Kablan): Hier müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden.

1. Im Mitwirkungsverfahren sind durchwegs positive Eingaben/Stellungnahmen eingegangen.
2. Die Überbauungsordnung wurde in der Zwischenzeit vom Gemeinderat zurückgezogen. Dies führte bis auf Stufe Kanton bzw. Regierungsrat zu Diskussionen. Die Firma Kablan möchte in der Region bleiben.
3. Bernapark/Gemeinde Stettlen: Die Gemeinde Stettlen setzt mit dem neuen Projekt vermehrt auf das Wohnen und nicht auf Gewerbe/Industrie.

Der Gemeinderat hat in der Zwischenzeit beim Kanton eine redimensionierte Überbauungsordnung in die Vorprüfung gegeben. Das Mobilitätskonzept wurde bereits verabschiedet. Im nächsten Verwaltungsbericht kann über den Stand des Geschäftes wieder informiert werden.

Priska Zeyer (parteilos): Bei der Abteilung Bildung, Kultur, Sport fehlt der Bericht der Schulkommission. Als Kommissionsmitglied kann ich erwähnen, dass wir im letzten Jahr einige Sitzungen durchgeführt haben.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Besten Dank für den Hinweis. Ich bin mir nicht sicher, ob im letzten Jahr ein Bericht über die Tätigkeiten der Schulkommission verfasst worden ist. Ich nehme den Hinweis für dieses Jahr gerne entgegen.

Christian Zeyer (SP): Meine weiteren Bemerkungen richten sich zu:

① - Seite 49 - Kap. 3.4 Schulanlage Dennigkofen

Der Bericht ist so nicht nachvollziehbar. Ich bin nicht sicher, ob der Ersatz des Brenners die richtige Lösung war. Durch den Umbau der Schulanlage ging auch die Anschlussleistung weiter zurück, das wurde vergessen. Die Heizung ist also viel zu gross dimensioniert, was oft sehr ineffizient ist. Ausserdem ist es eine fossile Heizung. Hier sollte die Gemeinde eigentlich eine andere Lösung anstreben (evtl. auch über ein Contracting). Der letzte Satz ist unverständlich - was eigentlich schade ist. Das, was in Wirklichkeit dahinter steckt, ist ein technisch interessantes System. Besten Dank an die Departementsvorsteherin Hochbau für die nachgereichten Informationen.

① - Seite 50 - Kap. 3.10 Oberfeldweg 48, Jugendhaus

Im Verwaltungsbericht ist vermerkt: ... *Mit diesen Massnahmen sollte die Gebäudehülle noch einige Jahre halten.*

Die Geschichte um das Jugendhaus ist ein Trauerspiel. Solche Infrastrukturen sind für die Attraktivität der Gemeinde extrem wichtig. Bitte einfach darauf achten, dass am Ende des „Profiduriums“ nützliche Infrastrukturen an einem passenden Ort entstehen werden.

① - Seite 54 - Kap. 1.5 Worble: Abschnitt Rörswilbrücke - Gemeindegrenze Bolligen

Dieser Abschnitt ist leider ohne Begehung vor Ort nicht verständlich. Wenn „Werk“ und „Verwendung“ des Wassers genauer charakterisiert würden, wäre die Aussage schon wesentlich klarer.

① - Seite 55 - Kap. 2.1 Umsetzung Management der Strassenerhaltung (MSE) für 2009 - 2013

Vielen Dank für die Berücksichtigung der Sicherheit des Velos beim Strassenunterhalt auf viel befahrenen Strassen. Es ist richtig, dass unebene Strassen bei starkem Verkehr eine zusätzliche Gefährdung ausmachen - nicht nur für Leib und Leben; auch für die Kleider wenn man bei Regenwetter mit dem Velo unterwegs ist und das überholende Fahrzeug voll durch die nächstliegende Pfütze fährt.

① - Seite 57 - Kap. 3.1. Seepark

Die Begasung des Weihers scheint offenbar nicht richtig zu funktionieren - was auch nicht wirklich erstaunlich ist, weil in einem Teich dieser Art die Begasung kaum funktionieren kann. An einer konsequenten Entfernung der Nährstoffe wird wohl kaum etwas vorbeiführen. Das führt zwar zu Investitionen, ergibt aber eine langfristige Lösung.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Ich kann die folgenden zusätzlichen Informationen abgeben:

Zu Kapitel 1.5 Worble: Abschnitt Rörswilbrücke - Gemeindegrenze Bolligen: Ein zusätzliches Gerinne wurde ausgebaut. Das Wasser fliesst nicht einzig durch den Mühlekanal.

Zu Kapitel 3.1 Seepark: Ein Spezialist wurde aufgeboden. Aufgrund der Expertenmeinung wurde dem Seepark Sauerstoff zugeführt. Dort wo der Sauerstoff austritt, bilden sich keine Algen mehr. Vielleicht müssen noch weitere Massnahmen ergriffen werden.

Andreas Thomann (SP): Ich habe noch eine Frage zu:

① Seite 80 - Kapitel 4.4 Regionales Führungsorgan Bantiger (RFO)

Im letzten Abschnitt wird erwähnt:

... Im August wurde eine Übung des RFO gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung Ostermündigen durchgeführt. ...

Die Aussage ist für Laien nicht verständlich. Was wurde da beübt resp. ist passiert. Besteht ein Notfall- und Krisenkonzept?

Die Schulkommission hat in Zusammenarbeit mit der Abteilung Öffentliche Sicherheit nach dem Doppelmord im Jahre 2007 ein Notfall- und Krisenkonzept verabschiedet. Das Ganze kann auf der Gemeindehomepage nachgelesen werden. Gibt es eine Vernetzung in Tat und Wahrheit - nicht nur auf dem Papier?

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Nicht das Notfall- und Krisenkonzept der Schulen wurde beübt. Das RFO hat anlässlich eines regionalen Ereignisses (Gasexplosion) die Verwaltung beübt. Die Lehren konnten gezogen werden.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Zum Verwaltungsbericht 2014 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2014 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2014 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 mit Änderungen vom 27. Oktober 2011 wird der nachfolgende parlamentarische Vorstoss als erledigt abgeschrieben:
 - Postulat Andreas Thomann (SP) vom 8. Mai 2014 betreffend die Anzahl der SBB-Tageskarten auf 12 Stück zu erhöhen.

20.3.01 Jahresrechnungen

32. Gemeinderechnung 2014; Genehmigung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über die Gemeinderechnung zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 5 der Gemeindeordnung des GGR (GO GGR) hat das Parlament sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Das Parlament hat heute Abend die Möglichkeit, die Rechnung 2014 zu genehmigen. Der Vorschlag des Gemeinderates liegt vor. Der Gemeinderat schlägt dem Parlament ein Defizit von 1,6 Mio. Franken aus. Im Budget 2014 wurde durch den Grossen Gemeinderat ein Defizit von 2,5 Mio. Franken genehmigt. Demzufolge schliesst die Rechnung 2014 um 0,9 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Eigentlich liegt uns ein erfreulicher Rechnungsabschluss vor. Wir müssen jedoch gewisse Vorbehalte berücksichtigen. **Die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen ist nach wie vor sehr schwierig.** Der Sparauftrag des Parlamentes wurde vom Gemeinderat entgegen genommen. Wir sind jedoch noch lange nicht über dem Berg! Ihr erinnert euch an das Eingangsvotum des Gemeindepräsidenten zum Thema "Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO)".

Der Gemeinderat schlägt dem Parlament vor, 2,5 Mio. Franken an Rückstellungen für die Sanierung der Personalvorsorgestiftung BIO vorzusehen. Die Lage betreffend PVS BIO ist ernst. Ich kann den Vorschlag unterstützen und diesen dem Parlament zur Genehmigung vorlegen.

Der übersichtliche Rechnungsabschluss ist mehr oder weniger selbsterklärend. Abweichungen werden klar begründet. Der Stand des heutigen Rechnungsabschlusses macht Freude. Die Rechnung ist lesbar und die Rechnungsflüsse der Gemeinde Ostermundigen sind klar ersichtlich. Der ROD als Rechnungsprüfungsorgan hat die Gemeinderechnung geprüft. Der Bestätigungsbericht ist am Schluss der Rechnung 2014 angefügt.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Wir diskutieren seitenweise über die vorliegende Botschaft.

Renate Bolliger (EVP): Nachdem wir im Dezember 2014, nach der Genehmigung des Budgets 2015, fast in eine kollektive Depression gefallen sind, weil wir gedacht haben, mit den Finanzen von Ostermundigen geht es nur noch abwärts, können wir nach der Präsentation der Rechnung 2014 nicht gerade aufatmen, aber uns doch ein wenig erholen. Wir von der EVP-Fraktion haben die Rechnung eingehend studiert und sind froh, dass sie besser abschliesst und nicht schlechter.

- In der Rechnung 2014 gibt es einiges an Aufwandverminderung oder an Einsparungen. Das ist doch ein sehr gutes Signal. Wir haben an einigen Orten den Sparwillen erkannt

- und Minderausgaben eruieren können. Man sieht, dass die Verwaltung sich echt bemüht, zu sparen.
- Interessant ist auch, dass die Steuereinnahmen fast den prognostizierten Ertrag ergeben. Auch hier ist es sehr gut, dass die Abweichungen nicht so riesig sind, was doch auch Anlass zur Besorgnis gäbe.
 - Auch der Personalaufwand war nicht viel höher als erwartet. Dieser Punkt gab in den letzten Jahren immer wieder Anlass zu Diskussionen, da häufig der Personalaufwand höher war als erwartet. Wir erachten es durchaus als sehr sinnvoll, dass 2,5 Mio. Fr. Rückstellungen für die Pensionskasse PVS BIO gemacht wurden. Wir werden diesem Punkt sicher zustimmen.
 - Alle Abteilungen haben gut abgeschlossen, überall wurde das Budget unterschritten. Das ist für uns sehr positiv.
 - Im Weiteren finden wir es auch in Ordnung, dass freiwillige Abschreibungen gemacht wurden. Wir werden diesem Punkt ebenfalls zustimmen.
 - Erfreulich ist es insbesondere auch, dass der Nettoaufwand in der Abteilung Soziales tiefer ausgefallen ist als budgetiert. Auch hier mussten wir häufig höhere Ausgaben hinnehmen.
 - Alles in allem präsentiert sich die Rechnung 2014 nicht allzu schlecht. Ohne die Rückstellung in die Pensionskasse wäre die Rechnung nicht defizitär. Nichts desto trotz sind wir mit den Finanzen natürlich noch nicht über dem Berg. Der Sparkurs ist weiterhin gefragt.

Die EVP-Fraktion wird der Rechnung 2014 so zustimmen. Wir danken allen, die zu diesem Resultat beigetragen haben.

Rudolf Kehrli (SP): Die Detailfragen zu der Rechnung 2014 können im Protokoll der Geschäftsprüfungskommission nachgelesen werden.

Es liegt uns ein positives Defizit vor; ein Defizit, welches Freude macht. In diesem Sinne wurde der Rechnungsabschluss 2014 in den Medien gewürdigt. Soweit sind wir heute schon: Wir haben Freude an einem Defizit und machen auf Schuldenwirtschaft.

So extrem ist die Meinung des Gemeinderates jedoch nicht. Der Kommentar in der Botschaft lautet auf "*relativ befriedigend, positiv*" und von Jammern keine Spur. Dies ist durchaus verständlich.

Natürlich ist der Rechnungsabschluss defizitär - immerhin auf den ersten Blick. Wenn die Rechnung genauer betrachtet wird, dann ist erkennbar, dass das Resultat mehr oder weniger "frisirt" worden ist. Wenn die Rückstellungen von 2,5 Mio. Franken für die zukünftige Sanierung der Personalvorsorgestiftung BIO nicht vorgenommen werden, fiel der Rechnungsabschluss im Umfang von 0,9 Mio. Franken positiv aus. Das Resultat kann betrachtet werden wie man will: Es ist nicht schlecht. Es ist besser geworden, als im Budget vorgesehen.

Die Besserstellung darf den Gemeinderat wie auch den Grossen Gemeinderat nicht dazu verleiten, die Ausgabefreudigkeit zu erhöhen bzw. die Sparhandbremse zu lösen. Es gibt absolut keinen Grund dazu. Die Verkehrsampel vor der Baustelle "Gemeindefinanzen" steht nach wie vor auf rot; es gibt keine freie Fahrt. Die 2,5 Mio. Franken Rücklage für die PVS BIO kann als

sogenanntes "Amuse-Bouche"¹ vor dem Hauptgang bezeichnet werden, an dem die Gemeinde Ostermundigen noch mehrere Jahre zu kauen hat.

Zum Teil ist die Besserstellung auf kantonale Faktoren zurückzuführen, welche die Gemeinde Ostermundigen nicht beeinflussen bzw. budgetieren konnte. Dieser Umstand konnte schon in der Vergangenheit beobachtet werden. Das Sozialwesen gehört in diese Kategorie. Daneben wurden die Investitionen massiv reduziert. Das reduziert den Abschreibungsaufwand stark. Früher oder später werden wir sehen, ob dieses Sparen sinnvoll war oder nicht.

Das Total des Steuerertrages entspricht in etwa den Zahlen im Budget und das ohne grosse periodenfremde und ausserordentliche Erträge. Hoffentlich geht die Strategie des Gemeinderates in Sachen Neuzuziehende in Zukunft auch auf.

Nicht vergessen darf man das Verwaltungspersonal, welches ebenfalls seinen Beitrag zum guten Rechnungsergebnis beigetragen hat. Die Sache war stets im Griff und die Budgetvorgaben wurden im Aufwand sogar unterschritten; besten Dank dafür!

Wie bereits erwähnt, dürfen wir nun nicht in Euphorie ausbrechen. Schon nur ein Blick auf die Finanzkennziffern lernt uns, die Handbremse noch angezogen zu lassen. Zum Beispiel der immer wieder mit anderen Gemeinden verglichene HEI-Index ist gar nicht gut. Er zeigt eine unterdurchschnittliche Ertragskraft auf. Die Baustelle "Sanierung PVS BIO" hält uns auf. In welche Richtung die Umfahrung geht, steht heute noch in den Sternen. Auch unser Gemeindepräsident kennt den Weg noch nicht.

Die SP/Grüne-Fraktion wird dem Rechnungsabschluss 2014 zustimmen und ist mit den beiden Nachkrediten gemäss Botschaftsantrag

- 2,5 Mio. Franken für die Personalvorsorgestiftung BIO und
- 2,3 Mio. Franken für zusätzliche Abschreibungen in Sachen Planungskosten Tram Region Bern

und die Belastung des Defizits von 1,6 Mio. Franken am Eigenkapital einverstanden. Die Abschreibung von 2,3 Mio. Franken ist nämlich erfolgsneutral, da die Kosten aus dem Mehrwerttopf entnommen werden, was eine sehr gute Lösung ist.

Luca Alberucci (GLP): Im Namen der CVP/GLP-Fraktion möchte auch ich den Dank an die Verwaltung und den Gemeinderat für die Erstellung der Abschlusses aussprechen. Es ist die Art, dass man grundsätzlich in der Lage ist, viel zu verstehen. Die Zustimmung zum Antrag des Gemeinderates kann in Aussicht gestellt werden.

Es ist besser gekommen als gedacht. Trotz Bildung von Rückstellungen ist das Ergebnis besser (weniger schlecht) als gedacht. Grundsätzlich können wir uns an einer "schwarzen Null" erfreuen. Es ist erfreulich, dass die Resultate gegenüber dem Budget vor allem auf Kostenseite besser ausgefallen sind.

Es stellt sich jedoch auch die Frage: Hätte man aggressiver budgetieren sollen? Gibt es zum Beispiel auch beim Budget 2015 noch Luft nach oben? Die Lehren daraus: Realistisch budgetieren. Wir erwarten beim nächsten Budgetprozess eine realistische Vorhersage der Kosten, keine konservative. Das Parlament muss realistische Prognosen zur Verfügung haben, insbesondere dann, wenn Steuererhöhungen zur Diskussion stehen.

¹ oder *Gruß aus der Küche* genannt

Wir freuen uns auf die ersten Resultate der Fachgruppe strategisches Controlling. Ich habe mich vorhin bei der Debatte zum Verwaltungsbericht die Frage gestellt, was kostet ein solcher Rechenschaftsbericht? Nicht die Debatte und nicht das Papier als solches. Wie hoch ist der finanzielle Aufwand auf Seiten der Verwaltung? Wie viel ist uns der Verwaltungsbericht Wert und welchen Nutzen können wir aus diesem letztendlich ziehen (könnte dieser auch stark gekürzt werden)?

Auffallend ist, dass insbesondere bei den Finanzausgleichsströmen zum Kanton grosse Differenzen zwischen Budget und Abschluss bestehen. Es stellt sich schon die Frage - im Hinblick auf die Interpellation Cédric Luyet - ob man dort mehr Ressourcen aufwenden sollte, um das Ganze besser zu verstehen. Dies führt zu einer besseren Budgetierung und - wer weiss (Wunschdenken) - zu einer Verbesserung der Finanzen.

Die Bildung von 2,5 Mio. Franken an Rückstellungen für die PVS BIO im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten begrüssen wir. Es ist wichtig, dass wir bei der Sanierung aus vorsorgetechnischer Sicht die richtigen Schlüsse ziehen. Die Abbildung in den Gemeindefinanzen sollte zu keinen technischen Restriktionen führen. Die Bildung von Rückstellung schafft notwendige Flexibilität.

Die Entnahme aus dem Mehrwertabschöpfungs fonds begrüssen wir ebenfalls. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde beliebige Mittel in diesem Fonds lagert, in der Hoffnung, dass das grosse Projekt kommt, wo die Mittel aufs Mal herausgenommen werden können.

Wir erwarten, dass der Gemeinderat in der kommenden Finanzplanung die Verwendung der verbleibenden Mittel im Fonds mit einplant. Auch hier im Interesse einer transparenten Diskussion über Steuererhöhungen und Investitionsvorhaben.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Ein Defizit von 1,6 Mio. Franken ist für Ostermündiger Verhältnisse fast eine schwarze Null. Ich bin natürlich froh über dieses Ergebnis, vor allem wenn die 2,5 Mio. Franken an Rückstellungen für die Pensionskassen in Betracht gezogen werden. Es zeigt uns, dass das Verwaltungspersonal gespart hat. Den Gemeindeangestellten gebührt deshalb ein grosses Dankeschön.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass ohne diese Rückstellungen wir fast eine Million Franken im Plus wären. Wenn alle ausserordentlichen Erträge zusammengezählt werden und die normalen Fluktuationen in Erwägung gezogen werden, dann hätte ebenso gut ein Defizit erreicht werden können. Wir hatten im letzten Jahr bestimmt auch ein wenig Glück in Anspruch nehmen müssen. Deshalb ist es wichtig, dass wir bezüglich Gemeindefinanzen am Ball bleiben!

Tobias Weibel (FDP): Wäre dieser Crash mit der Pensionskassen nicht gewesen, so hätten wir die Talsohle schon fast durchschritten. So geht aber dieser einiger massen steinige Weg noch weiter. Wir wissen jetzt, es gibt wieder Licht am Ende des Tunnels und dann können wir uns wieder Dingen annehmen, denen wir uns heute fast kategorisch verwehren müssen.

So loben wir jetzt nicht den Tag vor dem Abend - aber wir sind auf dem richtigen Weg und so werden wir von der FDP. Die Liberalen-Fraktion die vorliegende Gemeindefinanzrechnung 2014 sicher genehmigen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die vorliegende Gemeinrechnung 2014 weckt in der SVP-Fraktion gemischte Gefühle. Der ursprünglich budgetierte Aufwandüberschuss von CHF 2'490'790.00 wurde um CHF 866'459.05 unterschritten. Dies trotz einem Nachkredit von CHF 2'500'000.00 für die anstehende Sanierung der Pensionskasse BIO. Das ist erfreulich. Die Gemeinde hätte also entgegen den Erwartungen ein Rechnungsergebnis erzielt.

Erfreulich ist auch, dass die Einkommenssteuern um CHF 1'131'000.00 gestiegen sind und die Abweichung zum Voranschlag lediglich um CHF -302'000.00 beträgt. Ob dies wirklich auf die Wachstumsstrategie des Gemeinderates zurückzuführen ist oder nicht vielmehr auf die gute Wirtschaftslage der letzten Jahre, bleibt für mich vorerst eine offene Frage. Gut haben sich auch die Erträge bei der Vermögenssteuer und den Steuern der juristischen Personen entwickelt.

Der für Ostermündiger Verhältnisse gute Rechnungsabschluss ist nebst Ausgabendisziplin im Sachaufwand auch auf Sonderfaktoren zurückzuführen, insbesondere Rückvergütungen des Kantons an die Gemeinde um CHF 1'459'000.00. Was bei diesem Sachverhalt allerdings irritiert, bleibt die Aussage des Gemeinderates in der Parlamentssitzung vom 11. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2015 und der durch das Parlament abgelehnten Steuererhöhung, der Aufwandüberschuss 2014 werde noch höher ausfallen als budgetiert. War das bewusste Schwarzmalerei oder wusste man es zu diesem Zeitpunkt noch nicht besser?

Jedenfalls fördert es die Glaubwürdigkeit nicht. Es entkräftet auch ein Stück weit das lange durch den Gemeinderat verwendete Argument, eine Budgetdebatte erst im Dezember habe den grossen Vorteil, dass zu diesem Zeitpunkt bereits präzisere Zahlen zum Jahresergebnis vorlägen als ein bis zwei Monate früher.

„Eine Schwalbe macht allerdings noch keinen Frühling.“ Der grundsätzlich bessere Rechnungsabschluss als vorhergesagt, weist noch nicht auf eine nachhaltige Entspannung der finanziellen Lage von Ostermundigen hin. Für das laufende Rechnungsjahr 2015 ist ja bereits wieder ein Aufwandüberschuss in Millionenhöhe vorgesehen. Es handelt sich somit eher um ein kurzes Zwischenhoch am Finanzhimmel. Deshalb muss bei der Ausgabenpolitik unverändert grosse Zurückhaltung geübt werden. Wir alle hier im Parlament wissen, dass der Gemeinde Ostermundigen in den kommenden Jahren noch grosse Aufgaben, beziehungsweise Kosten bevorstehen, die finanziert werden müssen. Die Sanierung der Bernstrasse und der Kindergärten sind ebenso zwingend und dringlich wie die Sanierung der Pensionskasse BIO.

Die Umstellung auf das neue Rechnungsmodell HRM2 mit geänderter Abschreibungspraxis bei den Investitionen darf nicht dazu führen, leichtfertig neue Investitionen zu beschliessen. Sonst besteht in den nächsten Jahren die Gefahr, dass sich notwendige Abschreibungen schleichend kumulieren und im Schneeflugeffekt vor sich hervorgeschoben werden.

Die SVP-Fraktion stimmt der Gemeinrechnung 2014 mit den beantragten Nachkrediten zu und verdankt dem Gemeinderat und der Verwaltung die geleistete Arbeit. Ein Lob verdient auch die übersichtlich dargestellte Rechnung sowie die Kommentare, die es auch dem Laien ermöglicht, sich mit etwas gutem Willen eine Übersicht zu verschaffen.

Beat Leumann (FDP): Ich möchte noch auf einen grundlegenden Fehler auf Seite 4 (1.2. Abschlussergebnis) der Botschaft aufmerksam machen. Das Ergebnis lässt sich *korrigiert* wie folgt darstellen:

- Ertrag	CHF 103'211'116.09
- Aufwand	<u>CHF 104'844'447.04</u>
- effektiver Aufwandüberschuss	<u>CHF 1'633'330.95</u>

Christian Zeyer (SP): Ich möchte noch eine Anregung anbringen. Inskünftig sollte die Rechnung als PDF.Datei verfügbar sein. Jedes Parlamentsmitglied kann sich das ausdrucken, was für ihn wichtig ist. Der ganze Ausdruck der umfangreichen Rechnung kann so reduziert werden.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Zur vorliegenden Botschaft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wünscht der Grosse Gemeinderat (GGR) noch die Detailberatung?

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Besten Dank für die guten Voten. Es freut mich ausserordentlich, dass die grundsätzliche Stimmung von Seiten Parlament zur Rechnung 2014 positiv ausfällt. Wir möchten noch zu einzelnen Voten und Fragen aus der Debatte Stellung nehmen.

① Votum von Rudolf Kehrli (SP):

Er hat hauptsächlich die Investitionen angesprochen. Die Gemeinde Ostermundigen wurde diesbezüglich zurückgestuft. Dazu kann der Finanzverwalter eine Aussage machen.

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Niels Arnold: Die Investitionen können brutto oder netto betrachtet werden. Die Darstellung wird von Seiten Kanton vorgegeben.

Wir gehen bei den Investitionen nach dem Bruttonprinzip vor. Die Bruttoinvestitionen im Jahre 2014 betragen rund 14,3 Mio. Franken (siehe Botschaft Seite 7). Die Investitionen können tatsächlich massiv zurückgefahren werden und das hat Auswirkungen auf den Finanzierungsnachweis.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Das Votum von Luca Alberucci (GLP) betreffend FILAG und die Spezialfinanzierung "Mehrwertabschöpfung" stimmt grundsätzlich nicht. Die 20 Mio. Franken an Mehrwertabschöpfungsgeldern waren für das Projekt "Tram Region Bern" reserviert und durften nicht anders geplant werden.

Luca Alberucci (GLP): Nach meinem Ermessen haben wir über die Finanzplanung befunden, als das Tramprojekt bereits "gestorben" war. In dieser Finanzplanung haben wir keine Abschöpfung dieses Planungsmehrwertes berücksichtigt. Mein Wunsch ist es, dass dies in den nächsten Jahren nachgeholt wird. Könnte mit diesem Vorgehen nicht die Sanierung der Kindergärten vorangetrieben werden?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Finanzplanung 2014 hat 20 Mio. für die Infrastruktur "Tram Region Bern" eingestellt. In der Rechnung 2014 konnte dieser Schritt

nicht vollzogen werden. Auch im Jahr 2015 ist dies nicht möglich. Wir müssen uns stets folgendes bewusst sein:

- ① Das Rechnungsjahr und die Finanzplanung müssen auseinander gehalten werden.

Im Jahre 2016 mit der Einführung von HRM2 - welches neue Spielregeln definiert - wird bei der Mehrwertabschöpfung voraussichtlich eine Änderung stattfinden. Die Diskussion betreffend Mehrwertabschöpfung wird im Gemeinderat schon lange geführt. Die rechtlichen Aspekte der übergeordneten Stellen beim Kanton müssen jedoch berücksichtigt werden.

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Niels Arnold: Wir kommen anschliessend zu Traktandum Nr. 33 "Interpellation Cédric Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermundigen durch FILAG". Ich möchte zur Budgetierung "FILAG" noch darauf hinweisen, dass der Kanton extreme Vorgaben in Excelform abgibt. Die Abteilung Finanzen/Steuern kann diese Vorgaben nicht ignorieren und einfach so ins Blaue budgetieren. Die Grundlagen werden vom Kanton geliefert.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Ernst Hirsiger (SVP) hat in seinem Votum bemängelt, dass dem Parlament im Dezember 2014 falsche Informationen abgegeben worden sind. Diese Tatsache ist korrekt. Ich habe damals erwähnt, dass die Rechnung mit einem Defizit abschliessen wird. Gott sei Dank ist dies nun nicht eingetroffen. Es ist extrem schwierig, bereits im Dezember eine genaue Zahl zur Rechnung abzugeben. Ich möchte mich für dieses „zu vorsichtig sein“ nachträglich entschuldigen.

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Niels Arnold: Der Jahresabschluss 2014 ist noch nicht fertig. Der Kanton (öffentlicher Verkehr, Sozialhilfe, Lastenverteilung etc.) rechnet immer später ab. Wenn die Zahlen korrekt sein sollten, dann müsste der Kanton seinen Jahresabschluss per 1. Dezember vorsehen. Er macht dies jedoch oftmals erst im September des nachfolgenden Jahres. Die Effekte werden ausschliesslich in der nächsten Jahresrechnung berücksichtigt.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Der von Beat Leumann (FDP) erwähnte Fehler wurde bereits von der Geschäftsprüfungskommission festgestellt und im GPK-Protokoll richtig gestellt.

Im Votum von Christian Zeyer (SP) wurden die vielen Zahlen kritisiert. Wir müssen uns an die behördlichen Vorschriften halten und sämtliche Finanzzahlen transparent offen legen. Wir können somit keine Kürzungen vornehmen.

Christian Zeyer (SP): Ich habe nicht die Zahlen und Frankenbeträge kritisiert. Ich habe die Übermittlung der Daten beanstandet. Ich möchte anregen, dass nur noch die notwendigen Zahlen/Konti abgegeben werden. Die restlichen Angaben können von den Parlamentsmitgliedern via Homepage selbständig herunter geladen werden. Mit diesem Vorgehen kann der kostspielige Druck der Gemeinderechnung reduziert werden.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Wir werden diesen Vorschlag gerne prüfen. Der Grosse Gemeinderat hat die Übermittlung der GGR-Akten in elektronischer Form abgelehnt. Vielleicht kann in diesem speziellen Fall eine Ausnahme gemacht werden.

Ich hoffe, dass wir alle Fragen und Voten beantworten konnten.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen zur Rechnung 2014 vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Nachkredit zu neuen Ausgaben für „übrige Abschreibungen des Verwaltungsvermögens“ in der Höhe von CHF 2'352'670.80 (Konto 923.332.10) wird genehmigt.
2. Der Nachkredit zu neuen Ausgaben für „Rückstellungen im Zusammenhang mit der Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO)“ in der Höhe von CHF 2'500'000.00 (Konto 930.304.20) wird genehmigt.
3. Die Gemeinderechnung für das Jahr 2014, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'633'330.95, wird genehmigt.
4. Der Aufwandüberschuss wird dem Eigenkapital (Konto 2390.101) belastet.

Rahel Wagner (EVP): Ich habe noch eine kurze Anmerkung. In der Beschlusseziffer Nr. 2 ist mir aufgefallen, dass im Betrag von 2,5 Mio. Franken eine Null zu wenig vermerkt worden ist. Der Fehler kann zuhanden des Beschlussprotokolls korrigiert werden.

10.3.74 Interpellationen
20.0.01 Gesetze, Dekrete

33. Interpellation Cédric Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermundigens durch FILAG; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

1. Vizepräsident Cédric Luyet (GLP): Besten Dank für die Beantwortung der Fragen. Mit der Beantwortung von Frage Nr. 1 bin ich zufrieden. Mit der Beantwortung der Frage Nr. 2 bin ich nicht zufrieden. Vielleicht habe ich auch die Frage schlecht gestellt. Der Finanzverwalter, Niels Arnold, hat erwähnt, dass die Unterlagen vom Kanton vorgegeben sind. Kann die Durchsetzung der gesetzlichen Erlasse nicht geprüft werden? Das Know-how liegt sicher beim Finanzvorsteher.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Mit der Beantwortung der Frage Nr. 2 bekunden selbst wir Finanzexperten Mühe. Ich wäre froh, wenn dieser Sachverhalt überprüft wird (z. B. via Regierungsrat). Grundsätzlich würde ich es begrüßen, wenn wir die Angelegenheit bilateral am runden Tisch besprechen könnten.

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Niels Arnold: Die Frage Nr. 2 war extrem schwierig zu beantworten. Die Antwort muss spezifiziert sein. Das Wort "Recht" ist schwierig zu deuten. Was bedeutet "Recht" überhaupt? Ich kann nur anbieten, dass wir die Frage gemeinsam zu beantworten versuchen. Die Datenlage wird durch den Kanton zur Verfügung gestellt. Ich kenne die Ziele des Kantons jedoch nicht explizit. Ich weiss auch nicht, ob der Kanton eine Analyse vorgenommen hat.

Die Frage ist sehr komplex. Für eine ausführliche Beantwortung muss die Regierungsrätin Beatrice Simon beigezogen werden. Der Gemeinderat ist bestimmt bereit, beim Regierungsrat einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Besten Dank für die Voten. Ich hoffe, dass der Interpellant nun zufrieden mit der Beantwortung ist.

B e s c h l u s s

Die Interpellationen Cédric Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermundigens durch FILAG wird schriftlich beantwortet.

15.1.11 Berner Stadttheater
15.1.01 Kulturkonferenz

34. Sanierung Stadttheater Bern 2013; Kreditabrechnung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Aus Ratsmitte liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung zum Sanierungsbeitrag für das Stadttheater Bern von CHF 250'000.00 wird Kenntnis genommen.

40.6.2.20 Kehrichtabfuhr; Anschaffung und Unterhalt

35. Kehrichtfahrzeug Nr. 3, Mercedes Econic, Jahrgang 1999; Kreditabrechnung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Aus dem Plenum liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung für die Ersatzbeschaffung „Kehrichtfahrzeug Nr. 3, Mercedes Econic, Jahrgang 1999“ abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 287'200.00 wird Kenntnis genommen.

- - - - - P a u s e - - - - -

54.4.02 Geräte und Fahrzeuge

36. Ersatz Tanklöschfahrzeug (TLF); Kreditbewilligung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Im Finanzplan war für den Ersatz des Tanklöschfahrzeugs ein Betrag von CHF 635'000.00 vorgesehen. Heute sind wir bei einem Verkaufspreis von CHF 460'000.00 angekommen. Wir durften beim Kauf des neuen Tanklöschfahrzeugs vom Eurorabatt profitieren. Ich wage zu behaupten, dass wir noch nie so günstig wie heute zu einem neuen Tanklöschfahrzeug gekommen sind.

Hans Peter Friedli (SVP): Die SVP-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen. Die Sicherheit in unserer Gemeinde ist uns sehr wichtig. Die Feuerwehr kann nur hundertprozentig einsatzfähig sein, wenn sie gut ausgerüstet ist. Dazu gehört auch ein neuzeitliches Tanklöschfahrzeug mit einer leistungsfähigen Pumpe und entsprechend guter Ausrüstung. Ein Tanklöschfahrzeug ist eines der wichtigsten Geräte in unserer Feuerwehr für den Ersteinsatz.

Was wir einmal mehr in der Botschaft vermissen, sind die aufgelaufenen Reparaturkosten des alten Tanklöschfahrzeugs in den vergangenen fünf Jahren. Das haben wir schon bei der Beschaffung des neuen Kehrtraktors bemängelt und gewünscht.

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der Arbeitsgruppe und allen Beteiligten für das Engagement zur Beschaffung eines optimalen Tanklöschfahrzeugs.

Eine Bemerkung zur Technik resp. Mikrofonanlage:

(→ Aussage ausserhalb des Mikrofons gemacht und deshalb für die Aufnahme ins Protokoll unverständlich bzw. nicht nachvollziehbar!).

Tobias Weibel (FDP): Unser Dank gilt allen, die bei der Beschaffung des neuen Tanklöschfahrzeugs mitgeholfen haben. Die FDP.Liberalen-Fraktion wird das Geschäft unterstützen.

Kann die Gebäudeversicherung nicht in einem Katalog die unbedingt notwendigen Gerätschaften für die Feuerwehr bekannt geben?

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Das heutige Tanklöschfahrzeug (Mercedes-Benz 1634, BE 2094, Jahrgang 1994) ist durch ein Tanklöschfahrzeug (MAN TGM 18.340 BB 4x4 AT 3000/200) der Firma Rosenbauer, Oberglatt ZH, zum Gesamtpreis von CHF 438'468.40 (inkl. MWST und Eintausch Mercedes-Benz 1634) zu ersetzen.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung wird ein Kredit von brutto CHF 460'000.00 (inkl. MWST) bewilligt.

10.3.72 Motionen
10.0.11 Reglemente Gemeinde

37. Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stärkung der ständigen Kommissionen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Eine Leidenschaft von mir ist das Pfeifenrauchen. Es wirkt wunderbar entspannend und eignet sich bestens für das Lesen der GGR-Unterlagen. Die Beantwortung meiner Motion hat beim Rauchen zum Verbrennen meiner Finger geführt. Die Antworten sind relativ skurril ausgefallen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Schweiz keine Gewaltentrennung als solches kennt. Die unterschiedlichen Gewalten kontrollieren sich gegenseitig. Einzelne frankophone Kantone kennen die Gewaltentrennung.

Ich habe nirgends die Forderung für die Einsicht in die Protokolle verlangt, insbesondere in Protokolle, welche Datenschutzgeschäfte behandeln. Ich verlange nur, dass die Kommissionsprotokolle auch für Kommissionsmitglieder und den Gemeinderat einsehbar sind. Das meine dritte Anmerkung mit Anträgen direkt ans Parlament eine gewisse Uneinigkeit ausgelöst hat, kann ich durchaus verstehen. Ich habe diesen Punkt im Hinblick auf meine Tätigkeiten in der Finanzkommission gestellt.

Beim Lesen der gemeinderätlichen Stellungnahme musste ich den Radio einschalten. Der Zufall wollte es, dass gerade der Song der Berner Rapperin Steff La Scheffe mit dem Titel "*Ig ha ke Ahnig, ig ha keh Ahnig, ig chume nid drus...*" erklang. Ich halte an meiner Motion fest. Ich möchte über die einzelnen Beschlusspunkte einzeln abstimmen lassen. Sollte der letzte Punkt abgelehnt werden, behalte ich mir vor, konstruktive Lösungen innerhalb des Parlamentes zu finden. Vielleicht gibt es noch andere Lösungsmöglichkeiten.

Eduard Rippstein (CVP): Wir von der CVP/GLP-Fraktion werden die Motion ablehnen. Bruno will einmal mehr "alter Wein in neuen Schläuchen" fließen lassen. Die Behörden- und Verwaltungsreform ist seit zwei Jahren in Kraft. Die Angelegenheit haben wir an vielen Sitzungen diskutiert. Es ist ganz klar die Meinung entstanden, dass die Kommissionen für die Verwaltung und den Gemeinderat - und nicht für das Parlament - arbeiteten. Es macht also keinen Sinn, dem Anliegen von Bruno Grossniklaus zu folgen. Es besteht eine einzige Ausnahme und die liegt bei der Finanzkommission. Hier kann eine andere Struktur geprüft werden.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion auch nicht. Sie schiesst über das Ziel hinaus. Dennoch geniesst die allgemeine Stossrichtung bei unserer Fraktion gewisse Sympathien. Gerade bei der Finanzkommission sehen wir einen gewissen Handlungsbedarf. Sowohl in der Stadt Bern, wie auch im Kanton Bern verfügt die Finanzkommission nach unserem Kenntnisstand über mehr Befugnisse und Kompetenzen. Eine Stärkung der Finanzkommission in Ostermundigen wäre nach unserer Einschätzung durchaus

wünschenswert. Unter Umständen müsste zu diesem Zweck die Finanzkommission in eine parlamentarische Kommission umgewandelt werden.

Die schriftliche Antwort des Gemeinderates auf die Motion finden wir zu sehr am Status quo orientiert und stark auf gesetzliche Grundlagen und Reglemente abgestützt. Was die Gemeindeebene betrifft, können diese bei Bedarf durchaus angepasst werden.

Auch die Argumente des Gemeinderates, dass die bestehenden Reglemente mit der Behörden- und Verwaltungsreform (BVR) erst angepasst wurden und im Rahmen dieser Reorganisation für die Revision der verschiedenen Regulative der Bedarf zu einer Anpassung der Vorschriften kein Handlungsbedarf identifiziert wurde, stechen nicht. Der damals nicht erkannte Handlungsbedarf mag ja zutreffen. Dennoch ist es nicht verboten, klüger zu werden.

Die Behörden- und Verwaltungsreform wurde aus verschiedenen Gründen bis heute nicht konsequent umgesetzt und ist eigentlich noch nicht abgeschlossen. Sie blieb schwermächtig eine Behördenreform. Gewisse Reglemente wurden noch gar nicht überarbeitet. Genau mit dieser Argumentation des Gemeinderates bezüglich der BVR wurde auch die vom Parlament vor Jahren überwiesene Motion zur Einführung der parlamentarischen Initiative auf Eis gelegt, beziehungsweise auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.

Rahel Wagner (EVP): Wir von der EVP-Fraktion können die Motion ebenfalls nicht unterstützen. Die gemeinderätliche Botschaft war lustig zum Lesen (siehe Beispiel auf Seite 3):

"Beschlüsse, die nicht an einer öffentlichen Sitzung gefasst wurden (und deren Diskussionen dem zufolge vertraulich sind), sind öffentlich.

Ein Beschluss ist öffentlich und dieser kann dem Parlament mitgeteilt werden. Die Diskussionen sind jedoch geheim.

Wir machen es so, dass die jeweiligen Kommissionsmitglieder der EVP an der Fraktionsitzung über die Beschlüsse informieren. Die Fraktionsmitglieder können dem Kommissionsmitglied Ratschläge erteilen oder auf Besonderheiten aufmerksam machen. Die geführten Diskussionen innerhalb der Kommissionen werden nach wie vor vertraulich behandelt.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Ich will die Diskussion nicht künstlich verlängern. Sollte mein Votum zu drastisch gewesen sein, dann möchte ich mich dafür entschuldigen. Ich bin mir seitens Gemeinderats sachkompetentere Antworten gewöhnt.

Rahel, ich gebe dir Recht. Wer jedoch die Ausführungen in meinem Wortlaut genau liest, wäre genau dies eine Möglichkeit. Ich möchte noch ein Beispiel bei bringen: Ich bin Mitglied der Finanzkommission und ich bin gerne Mitglied der FIKO. Die Hälfte der Parteien sind in der Finanzkommission vertreten: SVP, FDP, SP/Grüne, EVP und FORUM. Die GLP und die CVP sind nicht vertreten. Vielleicht wären für diese Fraktion interessant, mehr Informationen zu erhalten.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 34 zu 1 Stimme

B e s c h l u s s

Die Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stärkung der ständigen Kommissionen wird schriftlich beantwortet und abgelehnt.

10.3.72 Motionen
50.8.71.40 Temporegelungen

38. Motion Rudolf Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen; Genehmigung Bericht der Arbeitsgruppe "Temporegime 30/50" - 2. Lesung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliki Panayides (SVP): Wir haben die Botschaft nach dem Rückweisungsantrag entflochten. Der Teil "Steingrübli" wurde entfernt und liegt zurzeit beim Gemeinderat zur Beschlussfassung. Er möchte Geldsparen und auf die notwendigen Gutachten des Kantons verzichten und das Ganze möglichst unbürokratisch erledigen. Der Gemeinderat ist gespannt auf den Beschluss zum vorliegenden Geschäft. Er geht davon aus, dass auch das Parlament das Geschäft ohne grosse finanzielle Mittel erledigen will.

Melanie Gasser (GLP): Besten Dank für die seröse Erarbeitung des Berichtes "Temporegime 30/50". Wir sind mit dem weiteren Vorgehen einverstanden bzw. mit der Einleitung des Mitwirkungsverfahrens. Wir halten die geplanten Investitionen nach wie vor als sinnvoll und notwendig. Wir empfehlen deshalb, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Wir möchten die Vorlage mit einem **Änderungsantrag Nr. 1** ergänzen. Die zusätzliche Beschlusseziffer Nr. 4 lautet wie folgt:

4. Bei Neu- und Umbauten im Verkehrsnetz ist das "Temporegime 30/50" sofort umzusetzen.

Es ist sinnvoll, das Geschäft von Anfang an in die richtigen Wege zu leiten.

Ernst Hirsiger (SVP): Wir bleiben unserer Meinung treu. Wir haben bereits an der letzten Sitzung den Bericht "Temporegime" als gut taxiert und beliebt gemacht, der gemeinderätlichen Botschaft zuzustimmen.

Aus finanzpolitischen Überlegungen sind wir nach wie vor der Meinung, dass die sofortige Umsetzung des Temporegimes nicht so dringend ist. Der Gemeindepräsident hat zu Beginn der heutigen Sitzung erwähnt, dass die Mitwirkung gestartet werden kann. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion hat bereits an der GGR-Sitzung vom 12. Februar 2015 zu diesem Geschäft Stellung genommen und sich bei den Verfassern des Berichtes „Temporegime 30/50“ für die ausführliche Arbeit bedankt. Die darin vorgeschlagenen Anpassungen in den 15 erwähnten Zonen scheinen uns sinnvoll und ergeben ein ganzheitliches Konzept für Ostermundigen. Jedoch betrachtet die EVP-Fraktion die Realisierung des Temporegimes momentan als Wunschbedarf. Das aus finanziellen Gründen.

Das vom Gemeinderat beantragte Mitwirkungsverfahren in Ziffer Nr. 3 des Botschaftsbeschlusses soll deshalb erst dann gestartet werden, wenn die Ausführung finanziell absehbar ist. Vielleicht ergeben sich in der Zwischenzeit neue Erkenntnisse. Die EVP-Fraktion stellt deshalb den **Änderungsantrag Nr. 2**, die Ziffer Nr. 3 des gemeinderätlichen Antrags sei wie folgt abzuändern:

3. *Der Gemeinderat wird beauftragt, dann ein Mitwirkungsverfahren zum Bericht „Temporegime 30/50“ einzuleiten und vorzunehmen, wenn eine Realisierung des Projekts finanzierbar ist und in den Finanzplan aufgenommen werden kann.*

Mir ist noch etwas aufgefallen: In Punkt 1.2 der Botschaft wird von einer Gesamtkostenschätzung von ca. 850'000 bis 950'000 Franken gesprochen. Rechnet man aber die vorstehenden Zahlen zusammen, so komme ich auf eine Gesamtsumme von 750'000 bis 850'000 Franken. Wir wollen das Projekt ja nicht teurer verkaufen als nötig.

Christian Zeyer (SP): Die SP/Grüne-Fraktion verdankt den Bericht ebenfalls nochmals - er ist eine gute und wertvolle Unterlage und sollte deshalb nicht in den Schubladen verschwinden. Grundsätzlich waren wir mit den drei Beschlusseziffern einverstanden. Die Umsetzung von solchen Tempomassnahmen muss einen gewissen Sinn ergeben. Auf der anderen Seite muss sichergestellt werden, dass solche Investitionen letztendlich auch umgesetzt werden. Aus diesem Grund stelle ich ohne Rücksprache mit der Fraktion den **Änderungsantrag Nr. 3** mit folgendem Wortlaut:

4. *Bei Neu- und Umbauten im Verkehrsnetz sind Massnahmen zur Umsetzung des "Temporegimes" vorzubereiten bzw. umzusetzen, wo möglich und sinnvoll.*

So haben wir Gewähr, dass nicht Investitionen getätigt werden, welche nicht sinnvoll sind. Trotzdem haben wir eine konsistente Umsetzung der Art und Weise gewährt.

Melanie Gasser (GLP): Besten Dank Christian Zeyer (SP) für die konstruktive Anregung. Ich finde diese Formulierung besser und ziehe den Änderungsantrag Nr. 1 zugunsten des Änderungsantrags Nr. 3 zurück.

Dem Votum von Rahel Wagner (EVP) möchte ich anfügen, dass es sich hier nicht um eine Investition als Ganzes handelt. Die Weichen müssen richtig gestellt werden, damit die Finanzierung über die Jahre hinweg vernünftig vorgenommen werden kann. Wenn wir zuwarten, wird das Ganze nicht billiger.

Beat Leumann (FDP): Die FDP.Liberalen-Fraktion wird den Änderungsanträgen zustimmen. Was uns noch auf dem Magen liegt: Reden wir von Tempo 20 oder 40? Der heute für den Verkehr gesperrte Teil des Dennigkofenwegs könnte mit einer 20er-Zone belegt und für den Verkehr wieder geöffnet werden. Das gilt auch für den Schermenweg in Fahrtrichtung Autobahn. Die Umweltaspekte sollen beim vorliegenden Geschäft mit einbezogen werden.

Rahel Wagner (EVP): Es steht die Frage im Raum, ob unser Änderungsantrag Nr. 2 mit dem Änderungsantrag Nr. 1 kompatibel ist? Das Geschäft muss in den Finanzplan aufgenommen werden. Andererseits sollen bei Neu- und Umbauten die Massnahmen bereits greifen. Wird ein Gesamtkredit berechnet oder wie sieht der finanzielle Ablauf aus? Wer ist zuständig für die Finanzkompetenzen?

Eduard Rippstein (CVP): Der Änderungsantrag Nr. 1 bzw. 3 geht davon aus, dass keine Mehrkosten notwendig sind. Wenn wir etwas neu machen müssen, dann soll das Temporegime gleichzeitig einfließen und das zum gleichen Preis; keine zusätzlichen Aufwendungen.

Lucia Müller (SVP): Nach unseren Informationen benötigt jede "Tempo 30-Zone" die Zustimmung vom Kanton inkl. einer Expertise dazu. Die kostet etwas und ist nicht unentgeltlich.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Es kommt darauf an, von was wir sprechen. Das Temporegime an sich und der vorliegende Bericht dienen dem Gemeinderat als Grundlage. Gewisse Teile können ohne Bürokratie umgesetzt werden. Es gibt im Konzept auch verschiedene Tempozonen (Tempo 20 und Tempo 30). Die Errichtung solcher Zonen benötigen kantonale Gutachten. Die durchgehende Signalisation von Tempo 30 wird anders behandelt. Ich verweise auf die Verordnung der Tempo-30-Zonen. Die Errichtung einer solchen Zone bedingt ein kantonales Gutachten. Deshalb muss sich das Parlament folgendes überlegen: Sollen die Expertisekosten generiert und in Auftrag geben werden oder nicht?

Christian Zeyer (SP): "Wo möglich und sinnvoll" wird im Bericht erwähnt. Die Schublade darf nicht so tief angelegt werden, dass diese bei der Umsetzung in Vergessenheit gerät.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Ich weiss nicht, ob wir beide bei "wo möglich und sinnvoll" das Gleiche verstehen?

Hans Peter Friedli (SVP): Es gilt zu beachten, dass bei 30er und 20er-Zonen die Fussgängerstreifen zwingend entfernt werden müssen. Ist das für ältere Menschen und Jugendliche sinnvoll? Bereits im Kindergarten wird auf die Besonderheiten der Fussgängerstreifen hingewiesen. Ich bitte den Rat, dies bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Eduard Rippstein (CVP): Bei Schulhäuser sind neuerdings Fussgängerstreifen in Tempo-20/30-Zonen erlaubt. Dies hat das Bundesgericht explizit zugelassen.

Was ist massvoll und sinnvoll? Gehen wir davon aus und machen aus der Milchstrasse gemäss Temporegime eine Tempo-30-Strasse. Die Milchstrasse muss Morgen geöffnet werden, da eine grosse Sanierung ansteht. Da ist es sinnvoll, dass die Strasse bereits jetzt tempokonform ausgestaltet wird. Eine kurze Expertise genügt. Ansonsten wird die Strasse saniert und

ein halbes Jahr später wird die Strasse wieder geöffnet und mit den notwendigen Verkehrs-massnahmen ausgestattet. Das ist die Idee unseres Änderungsantrages.

Andreas Burckhardt (Grüne): Der Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion sollte aus meiner Sicht zurückgezogen werden. Wenn der Bericht zum Temporegime vom Parlament genehmigt wird, dann bleibt nur noch der Zeithorizont für die finanzielle Umsetzung offen. Die zeitliche Verzögerung ist in das Mitwirkungsverfahren einzubringen.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Zu den Aussagen "rasche Expertisen" möchte ich folgendes erwähnen: Die kommen uns letztendlich teurer zu stehen. Das war mit ein Grund, dass das Temporegime und das "Steingrübli" zuerst als Ganzes dem Parlament vorgestellt worden sind. Ein Plan über das ganze Gemeindegebiet kommt uns billiger zu stehen, als einzelne Gutachten über verschiedene Strassenzüge.

Ein sinnvolles Vorgehen erscheint mir, dass im Mitwirkungsverfahren die Beschlusseziffer Nr. 3 genauer untersucht werden muss.

Melanie Gasser (GLP): Ich kann dem Votum von Andreas Burckhardt (Grüne) zustimmen. Es ist nicht sinnvoll, dass Projekt zum jetzigen Zeitpunkt zu stoppen. Die Kosten stehen in jedem Fall an.

Die Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit hat erwähnt, dass die Expertisekosten einzeln teurer zu stehen kommen. Es gibt jedoch sehr wohl Sachen, welche kostenneutral umgesetzt werden können. Aus diesem Grund bitte ich das Parlament, dem Änderungsantrag Nr. 3 von Christian Zeyer (SP) zuzustimmen.

Rahel Wagner (EVP): Ich werde den Änderungsantrag Nr. 2 nicht zurückziehen. Der Begriff "kostenneutral" muss in der Beschlusseziffer erwähnt werden. Momentan sind dermassen viele Mitwirkungsverfahren im Umlauf, dass die Geschäfte nicht mehr ausreichend geprüft werden können. Es gibt viel Arbeit, die Mitwirkungsberichte zu verfassen.

Wenn schon muss auch in der neu beantragten Beschlusseziffer Nr. 4 der Begriff "kostenneutral" erwähnt sein. Als dann können wir uns vorstellen, den Änderungsantrag Nr. 3 zu unterstützen. Die beiden Änderungsanträge dürfen sich nicht ausschliessen.

Christian Zeyer (SP): Ich schlage vor, den Ausdruck "kostenneutral" durch "kostenoptimal" zu ersetzen. Es geht nicht um die Kostenneutralität sondern um die Verkehrssicherheit und die darf etwas kosten. Die Kosten müssen möglichst optimal eingesetzt werden, d. h. dort wo sie notwendig sind.

Melanie Gasser (GLP): Aus den von Christian Zeyer (SP) erwähnten Gründen will ich den Änderungsantrag Nr. 3 textlich nicht anpassen. Ich traue dem Gemeinderat zu, dass er mit dem Budget vernünftig umgeht.

Ernst Hirsiger (SVP): Wir unterstützen nach wie vor den Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion und das ohne Zusatz.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine weiteren Voten mehr vor.

A b s t i m m u n g

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Nr. 2** der EVP-Fraktion ab:

3. *Der Gemeinderat wird beauftragt, dann ein Mitwirkungsverfahren zum Bericht „Temporegime 30/50“ einzuleiten und vorzunehmen, wenn eine Realisierung des Projekts finanzierbar ist und in den Finanzplan aufgenommen werden kann.*

Der Änderungsantrag Nr. 2 von Rahel Wagner (EVP) wird mit 19 zu 14 Stimmen angenommen.

Nun stimmen wir über den **Änderungsantrag Nr. 3** der GLP/CVP-Fraktion ab:

4. *Bei Neu- und Umbauten im Verkehrsnetz sind Massnahmen zur Umsetzung des "Temporegimes" vorzubereiten bzw. umzusetzen, wo möglich und sinnvoll.*

Christian Zeyer (SP): Mit der Annahme des Änderungsantrages Nr. 2 ist der Änderungsantrag Nr. 3 wie vorliegend nicht umzusetzen. Aus diesem Grund muss der Änderungsantrag Nr. 3 ergänzt werden mit "*nach dem Mitwirkungsverfahren*". Dann können wir nur noch hoffen, dass der Gemeinderat für eine möglichst schnelle Umsetzung einsteht.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Der Änderungsantrag Nr. 3 kommt dann zur Anwendung, wenn eine zu sanierende Tempo-50-Strasse neu umgestaltet werden muss. Es darf keine Tempo-30-Zone ohne kantonales Gutachten errichtet werden. Eine Temporeduktion z. B. auf Tempo 40 kann ganz normal (inkl. Rechtsmittelbelehrung) publiziert werden.

Melanie Gasser (GLP): Mein Änderungsantrag Nr. 3 bleibt bestehen.

A b s t i m m u n g

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die neue Beschlusseziffer Nr. 4 gemäss **Änderungsantrag Nr. 3** lautet wie folgt:

4. *Bei Neu- und Umbauten im Verkehrsnetz sind Massnahmen zur Umsetzung des "Temporegimes" vorzubereiten bzw. umzusetzen, wo möglich und sinnvoll.*

Der Änderungsantrag Nr. 3 von Melanie Gasser (GLP) wird mit 19 zu 13 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Bericht „Temporegime 30/50“ der Arbeitsgruppe wird genehmigt.
2. Die Motion Rudolf Mahler (SP) und Mitunterzeichnende betreffend klares Temporegime auf Ostermundigens Strassen vom 28. Juni 2014 wird als erledigt abgeschrieben.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, dann ein Mitwirkungsverfahren zum Bericht „Temporegime 30/50“ einzuleiten und vorzunehmen, wenn eine Realisierung des Projekts finanzierbar ist und in den Finanzplan aufgenommen werden kann.
4. Bei Neu- und Umbauten im Verkehrsnetz sind Massnahmen zur Umsetzung des "Temporegimes" vorzubereiten bzw. umzusetzen, wo möglich und sinnvoll.

10.3.72	Motionen
13.0.32	Parlamentarische Vorstösse
13.5.14	Aufgabenhilfe

39. Volksmotion betreffend Weiterführung des Angebotes der Aufgabenhilfe in den Ostermundiger Schulen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Nach der im Dezember 2014 geführten Budgetdebatte 2015 wurde der ganze Prozess der Aufgabenhilfe neu geregelt. Wir sind auf gutem Wege.

Noch ein kurzer Einblick in die „Küche des Regierungsrats“: Herr Bernhard Pulver will die Lektionentafel erhöhen. D. h. die Sekundarstufe wird von 32 auf neu 36 Lektionen erhöht. Dabei soll auch die Aufgabenhilfe neu diskutiert werden.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die Erstunterzeichnerin der Volksmotion darf sich zuerst zum Geschäft äussern. Die zur Sitzung eingeladene Frau Hagi ist jedoch nicht anwesend.

Vertreter Elternrat und Mitunterzeichner Marcel Gilgen: Im Namen der Ostermundiger Elternräte und als Vertreter des Elternrats der Schule Dennigkofen darf ich heute unser Anliegen vertreten.

Durch Zufall hat unsere Elternratsgruppe im Dezember des vergangenen Jahres erfahren, dass der Gemeinderat in der anstehenden GGR-Sitzung, im Rahmen der vorgeschlagenen Sparmassnahmen für das Budget 2015, die Streichung der Aufgabenhilfe an den Ostermundiger Schulen hätte verabschieden wollen. Wir waren sehr überrascht über dieses Ansinnen und haben spontan entschieden, uns vehement für die Weiterführung der Aufgabenhilfe einzusetzen.

Innerhalb einer knappen Woche haben wir eine Volksmotion zur Weiterführung der Aufgabenhilfe in der Gemeinde Ostermundigen mit über 410 Unterschriften zu Stande gebracht. Dies zeigt, wie wichtig den Einwohnern unserer Gemeinde gute Schulen und Bildung sind. Auch erwähnen möchten wir die Petition zum Thema mit welcher uns über 1'300 Personen aus der Gemeinde mit ihrer Unterschrift unterstützen.

Von der Aufgabenhilfe profitieren rund 45 % der Schülerinnen und Schüler direkt und 100 % indirekt. Denn Dank der Aufgabenhilfe können schwächere Schülerinnen und Schüler, die oft aus bildungsferneren Familien stammen, so unterstützt werden, dass im regulären Unterricht auf einer gemeinsamen Basis weitergearbeitet werden kann und somit auch die stärkeren Schülerinnen und Schüler besser gefördert werden können.

Einverstanden - grundsätzlich sollten die Kinder ihre Hausaufgaben selber machen können. In der Realität sind in vielen Familien die notwendigen Strukturen und die Ruhe nicht gegeben. Auch in vielen Schweizerhaushalten sind die Voraussetzungen nicht ideal.

Hand aufs Herz, wer von euch könnte seinem Kind den Pythagoras oder die binomischen Formeln erklären? Ich hätte Mühe! Dabei habe ich meine Hausaufgaben in den neun Jahren, die ich ins Dennigkofen in die Schule ging, meistens gemacht.

Hier bietet die Hausaufgabenhilfe ein Gefäss, wo die Lehrpersonen sich Zeit nimmt, kompetent auf die individuellen Probleme und Defizite der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Am Ende profitieren alle!

Überrascht hat den Elternrat auch, dass die Aufgabenhilfe trotz bestehender Reglemente und klar erwiesenem Nutzen für alle Schülerinnen und Schüler ohne Alternativen einfach so „mir nichts - dir nichts“ hätte abgeschafft werden sollen. Im Bildungsreglement der Gemeinde ist unter Artikel 26 die Aufgabenhilfe verankert - in der Bildungsstrategie vom Mai 2007 steht - Zitat: „Die Aufgabenhilfe dient der sprachlichen und schulischen Integration von Schülerinnen und Schülern“. Über eine mögliche Alternative ist erst nachgedacht worden, nachdem der Gemeinderat von der geplanten Volksmotion Wind bekommen hatte.

Uns ist klar, dass in Ostermundigen aufgrund der desolaten finanziellen Lage gespart werden muss. Trotzdem ist festzuhalten, dass unsere Schulen bereits in etlichen Sparrunden haben Federn lassen müssen. So ist das aktuelle Budget für die Schulen nominal gesehen das Gleiche wie vor 10 Jahren, mit dem kleinen Unterschied, dass es heute mehr Klassen hat und somit weniger Geld pro Schülerin/Schüler zur Verfügung steht.

Es kann und darf nicht sein, dass weiter auf Kosten der Chancen unserer Kinder kurzfristig Ausgaben eingespart werden. Insbesondere auch deshalb nicht, weil bei einer ganzheitlichen Betrachtung über die Zeit wohl mehr Folgekosten entstehen als allenfalls eingespart würden. So sind die kurzfristigen Folgen einer fehlenden Aufgabenhilfe schon nur aus pädagogischer Sicht fatal. Welche volkswirtschaftlichen Folgekosten dies langfristig hervorrufen würde, kann nur erahnt werden. Wir sprechen von schlechteren Chancen auf dem Lehrstellenmarkt, von Jugendarbeitslosigkeit, Jugendgewalt und so weiter.

Sparen bei der Bildung heisst, sparen auf Kosten der Zukunft. Die Elternräte machen sich stark für eine starke Schule - auch in Zukunft!

Wir fordern, dass unsere Motion überwiesen und nicht abgeschrieben wird.

Priska Zeyer (parteilos): Herzlichen Dank dem Sprecher des Elternrates für sein Votum. Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt die vorliegende Volksmotion.

Für das laufende Schuljahr ist natürlich keine Änderung mehr möglich. Die Entscheidung ist im November gefallen. Durch die vorliegende Formulierung, ohne Angabe eines genauen Betrages, kann der Gemeinderat erklären, dass die Forderung erfüllt ist. Unsere Fraktion will aber trotzdem dafür einstehen, dass die Motion heute überwiesen und nicht abgeschrieben wird.

Würde sie nämlich jetzt abgeschrieben, hätte das Schuldepartement tatsächlich gar kein Grund, den Budgetposten „Aufgabenhilfe“ genauer anzuschauen, weil ja alles schon erfüllt wäre.

Die vielen Unterschriften haben gezeigt, dass das Thema "Schule" und hier v. a. die Aufgabenhilfe, ein grosses Anliegen in der Bevölkerung darstellt. Die Begründungen des Motionärs bestätigen dieses Anliegen.

Das Departement Bildung, Kultur, Sport soll durch diese Motion bestärkt werden, beim nächsten Budget das Thema "Aufgabenhilfe" wieder aufzunehmen und nochmals zu prüfen, ob wieder der volle Betrag, so wie im Herbst 2014 budgetiert war, eingesetzt werden kann.

Renate Bolliger (EVP): Wir von der EVP-Fraktion haben uns für die Aufgabenhilfe vehement eingesetzt; auch in redimensionierter Form. Sparen ist nach wie vor angesagt. In der Schulkommission haben wir eine Form gefunden, wie die Aufgabenhilfe erfolgreich umgesetzt werden kann. Wir haben bereits im Zusammenhang mit der ICT viel Geld in die Schule investiert. Wir haben im Dezember 2014 einen guten Kompromiss gefunden.

Lucia Müller (SVP): Die SVP-Fraktion wird weder bei dieser Motion noch bei der folgenden Petition mithelfen, sie zu überweisen ohne sie abzuschreiben, weil sie, wie es Priska Zeyer erwähnt hat, bereits erfüllt sind.

Den Ausführungen der Motionäre ist folgendes entgegen zu halten: Die aktuelle Situation ist nach unserer Auffassung das Ergebnis der intensiven Diskussion anlässlich der letzten Budgetdebatte hier im Rat. Nur weil die Rechnung 2014 nicht tiefrot sondern leicht rosagefärbt abschliesst, kann es nicht sein, dass dasselbe Parlament bereits wieder mit der grossen Kelle anrichtet. Sparen wo es vertretbar ist, bleibt weiterhin oberste Doktrin und die aktuelle Regelung ist vertretbar - lieber den Spatz in der Hand, und er bleibt dann vielleicht auch länger dort!

Und was ich noch zu sagen hätte, dauert keine Zigarette, um es mit den Worten eines deutschen Liedermachers zu sagen:

Eine Volksmotion muss nicht zwingend überwiesen werden. So wurde z. B. damals die mit über 800 Unterschriften eingereichte Volksmotion zu den Mobilfunkantennen vom Parlament auch nicht überwiesen!

Sandra Löhner (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion wird dem vorliegenden gemeinderätlichen Antrag zustimmen. Auch wir haben im Dezember für die Aufgabenhilfe gekämpft. Ich bin ebenfalls Mitglied der Schulkommission und wir haben in der Zwischenzeit eine gute Lösung gefunden. Mit dem zur Verfügung stehenden Geld können wir den Schülern ein gutes Angebot unterbreiten. Wir sind dafür, den jetzigen Betrag im Budget zu belassen.

Beat Leumann (FDP): Die FDP.Libérale-Fraktion wird ebenfalls dem Gemeinderatsantrag zustimmen. Aber zu meiner Zeit mussten die Eltern die Aufgabenhilfe selber bezahlen. Auch Studenten konnten als Aufgabenhilfe rekrutiert werden. Sie waren froh, ein Sackgeld zu verdienen.

Bruno Grossniklaus (parteilos): Ich gebe dir Beat Leumann (FDP) und dir Lucia Müller (SVP) vollkommen Recht. Der Teufel liegt im Detail. Auch ich war eifriger Benutzer der Aufgabenhilfe. Ohne diese Hilfe hätte ich den Übertritt in die Sekundarstufe nie geschafft.

Der Vorstoss ist zu überweisen aber nicht gleichzeitig abzuschreiben. Ja, wir müssen zu den Finanzen Sorge tragen. Ich bin der Meinung, dass wenn wir sparen und zu unseren Finanzen

schauen, dass das vorhandene Geld in die richtigen Institutionen fliesst. Lieber etwas in die Aufgabenhilfe investieren und dafür diverse Blumenkübel aus dem Dorfbild streichen.

Christian Zeyer (SP): Der Vergleich mit der Motion der nicht überwiesenen Mobilfunkantennen hinkt und ist neben den Schuhen. Die rechtlichen Grundlagen sind total verschieden.

Die SVP-Fraktion will die Motion gar nicht überweisen, da es kein Anliegen ist, welches sinnvoll ist. Das führt zur Katastrophe und da wird mit der Zukunft unserer Kinder gespielt. Wir sind der Auffassung, dass die Volksmotion nicht abgeschrieben werden darf. Es wird kein Frankenbetrag festgehalten.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Besten Dank für die vielen Voten. In der Budgetdebatte hat der Gemeinderat dem Parlament einen Vorschlag unterbreitet. Dieser wurde vom Parlament korrigiert. Der Sachaufwand der Schulen hat geringfügig zugenommen.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass wir heute eine saubere und funktionierende Lösung vorliegend haben. Alles funktioniert und der Grosse Gemeinderat kann wiederum in der nächsten Budgetdebatte Einfluss auf die Aufgabenhilfe nehmen.

Christian Zeyer (SP): Dieser Spruch muss ich noch los werden: Mit einer modernen EDV resp. ICT können einem Kind die Formeln des Pythagoras nicht beigebracht werden. Wir müssen auch die Relationen in Erwägung ziehen: 1,4 Mio. Franken für eine neue EDV-Struktur im Verhältnis zu einigen Zehntausend Franken für die Aufgabenhilfe, welche helfen kann - da besteht ein grosser Unterschied.

Lucia Müller (SVP): Investitionen in die EDV können Kindern heute helfen. Die Beschaffung der ICT war sehr wohl auch eine gewichtige Investition in die Unterstützung zum Lernen, denn mit den mannigfaltigen Lern- und Automatisierungsmöglichkeiten der modernen Informatikprogramme kann durchaus eine Entlastung für die Aufgabensituation der Schüler erzielt werden. Ansonsten wäre diese Investition in dieser Höhe dann schon auch in Frage zu stellen gewesen.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor und wir können die

A b s t i m m u n g

vornehmen.

Es liegt ein **Änderungsantrag Nr. 1** der SP/Grüne-Fraktion vor, der da lautet:

Die Motion "Weiterführung des Angebots der Aufgabenhilfe wird überwiesen und nicht abgeschrieben.

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Priska Zeyer (parteilos) wird mit 20 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Wir kommen zur Schlussabstimmung. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 32 zu 0 Stimmen

B e s c h l u s s

Die Volksmotion betreffend Weiterführung des Angebotes der Aufgabenhilfe in den Ostermündiger Schulen wird begründet, erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

10.2.21	Petitionen
13.0.32	Parlamentarische Vorstösse
13.5.14	Aufgabenhilfe

40. Volkspetition betreffend Weiterführung des Angebotes der Aufgabenhilfe in den Ostermündiger Schulen; Orientierung des Gemeinderates

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt.

B e s c h l u s s

Über die Volkspetition betreffend Weiterführung des Angebotes der Aufgabenhilfe in der Ostermündiger Schulen orientiert der Gemeinderat.

10.3.74 Interpellationen
13.11.51 Musikschule Unteres Worblental

41. Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Musikschulzentrum Unteres Worblental - Stand der Dinge; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Ist der Erstunterzeichner der Interpellation mit der Beantwortung zufrieden?

Tobias Weibel (FDP): Besten Dank dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Fragen. Wir hoffen, dass sich die Gemeinde Ostermundigen schon bald wieder zum bisherigen Finanzierungsschlüssel bekennen kann.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Gestern Abend hat eine Sitzung der BIO-Gemeinden (Bolligen/Ittigen/Ostermundigen) stattgefunden. Als Hinweis kann ich deponieren, dass die Finanzierung noch nicht definitiv festgelegt werden konnte.

B e s c h l u s s

Die Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Musikschulzentrum Unteres Worblental - Stand der Dinge wird schriftlich beantwortet.

42. Orientierungen des Gemeinderates

10.4.09 Aufgaben- und Leistungsüberprüfung

a) Aufgaben- und Leistungsüberprüfung; aktueller Stand

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Unlängst wurden bereits die Partei- und Fraktionspräsidenten über den aktuellen Stand informiert. Der Gemeinderat hat die Überarbeitung der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) per 31. März 2015 verabschiedet. Wann soll der Gemeinderat die Finanzen für die ALÜ bereitstellen?

Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass im Fahrplan ein Rückstand in Kauf genommen werden musste. Grundsätzlich war vorgesehen, vor den Sommerferien mit dem Projekt zu starten. Doch andere wichtige Geschäft (PVS BIO) haben als Bremse gewirkt resp. die Prioritäten mussten anders gesetzt werden.

50.8..01 Vandalismus

b) Schweizerischer Fussballverband (SFV); Kostenübernahme "Cupfinal 2014"

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Ich kann dem Parlament mitteilen, dass der SFV in der Zwischenzeit der Gemeinde Ostermundigen (Aufwendungen Werkhofpersonal) die Kosten von über CHF 3'000.00 bezahlt hat. Der SFV sieht die Zahlung ohne Rechtspflicht und Präjudiz für die Zukunft.

40.3.11 Verkehrsplanung, Allgemein
40.8.00 Werkleitungen

c) Infrastrukturplanung 2025; Planungsnachkredit

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Regula Unteregger Schütz (SP): Der Gemeinderat hat am 31. März 2015 die Initiative „Bernstrasse sanieren - Verkehr optimieren“ für gültig erklärt. Darüber hat er auch die Öffentlichkeit orientiert. Damit ist es nun die Aufgabe des Gemeinderats, die Initiative zu prüfen, sich zu positionieren und der Ostermundiger Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen. Gemäss Gemeindeordnung ist die Initiative innert neun Monaten seit Einreichung dem Parlament vorzulegen und spätestens 15 Monate nach Einreichung zur Volksabstimmung zu bringen.

Wir haben uns nun organisiert und die Arbeiten aufgenommen. Die verschiedenen Aufgabenfelder, die innert sehr kurzer Zeit zu bearbeiten sind, sind sehr komplex:

- Es gibt rechtliche Fragen;
- technische Fragen;
- Fragen im Zusammenhang mit den ÖV-Partnern (Stadt Bern, BernMobil u. a.);
- dann die Sanierung der Werkleitungen und der Strassen (hier muss eine Kostenberechnung für einen ausgereiften Projektstand erstellt werden);

- Administrations- und Koordinationsaufwand;
- etc..

Um alle Abklärungen vornehmen zu können, hat der Gemeinderat am 21. April 2015 einen Planungskredit in der Höhe von CHF 230'000.00 (mit Kostendach) gesprochen. Darin inbegriffen sind die nötigen Drittaufträge in den genannten Bereichen. Wesentliche Teile dieser Ergebnisse werden auch für den Fall einer Ablehnung der Initiative für die Weiterbearbeitung erforderlich sein.

Die Planungsarbeiten stehen im Zusammenhang mit der Sanierung Bernstrasse und dem öffentlichen Verkehr und sind durch das Reglement über Planungsmehrwerte abgedeckt.

Die Planungskosten von CHF 230'000.00 werden über die Spezialfinanzierung „Mehrwertausgleich“ zu Lasten der Investitionsrechnung finanziert.

30.4.83 Freibad

d) Freibad; Abschluss Sanierungsarbeiten und Eröffnung am 9. Mai 2015

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Eine erfreuliche Nachricht: Das Freibad kann termingerecht am nächsten Samstag, 9. Mai 2015, geöffnet werden. Eine Freiluftsanierung ist naturgemäss dem Wetter ausgesetzt. Die letzten Arbeiten konnten ausgeführt werden. Die Umgebungsarbeiten (neue Rasenfläche) werden noch etwas länger andauern.

----- **A p p l a u s** -----

10.3.74 Interpellationen
10.22.5.91 Regionalplanungen
10.14.40 Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM)

43. Dringliche Interpellation Cédric Luyet (GLP) und Mitunterzeichnende betreffend Stellungnahme des Gemeinderates im Mitwirkungsverfahren zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK II); parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

In der GGR-Sitzung vom 3. Juli 2014 wurde der „Raumentwicklungswegweiser 2025“ einstimmig angenommen. Darin wird hauptsächlich eine Verdichtung bestehender Wohngebiete mit Erweiterungen der bestehenden Bauzonen definiert. Bereits in der Debatte rund um diesen Raumentwicklungswegweiser wurden Voten der EVP, der FDP sowie der GLP laut, dass keine neuen Einzonen von Grünflächen geduldet würden. Diametral dem gegenüber steht das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK II). Darin wird die bestehende Landwirtschaftszone Dennigkofen/Rütibühl als „Vorranggebiet Siedlungserweiterung Wohnen erster Priorität“ vorgesehen. Als „Vorranggebiet Siedlungserweiterung Arbeiten erster Priorität“ sieht das RGSK II die gesamte Landwirtschaftszone zwischen bestehender Bauzone und Umfahrungsstrasse vor. Obwohl die Regionalkonferenz Bern-Mittelland beim „Boden gutmachen“, Kulturland und Landschaft schonen und ein verdichtetes Bauen unterstützen will, wird Ostermundigen im Richtplan mit vorgesehen Einzonungen regelrecht überfahren. Nicht erwähnt hingegen wird das verdichtete Bauen in der bestehenden Wohnzone wie im Raumentwicklungswegweiser 2025 festgelegt wurde.²

Das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept ist das strategische Raum- und Verkehrsplanungsinstrument der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Es ist ein behördenverbindlicher Richtplan und wird als Agglomerationsprogramm beim Bund eingereicht und dementsprechend mit finanziellen Mitteln unterstützt. Aktuell befindet sich das RGSK II in der Phase des Mitwirkungsverfahrens. Für die Behörden von Ostermundigen bleibt also noch Zeit, im Einklang mit dem „Raumentwicklungswegweiser 2025“ an einer Siedlungserweiterung nach innen festzuhalten und im Mitwirkungsverfahren einzubringen. Die Interpellanten wünschten sich ein starkes Signal und eine dezidierte Haltung des Gemeinderates für eine Siedlungsentwicklung gemäss „Raumentwicklungswegweiser 2025“ gegenüber der Regionalkonferenz Bern-Mittelland.

Frage

Was gedenkt der Gemeinderat gegen das aktuell im Mitwirkungsverfahren stehende Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK II) zu unternehmen?

eingereicht 7.5.2015

sig. Cédric Luyet, Luca Alberucci, Eduard Rippstein, Melanie Gasser und Sandra Löhner

² http://www.ostermundigen.ch/fileadmin/user_upload/Aktuelles/Wegweiser20125/Wegweiser_2025_vom_3.7.2014.pdf

Beantwortung des Gemeinderates

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Interpellation wurde in der Zwischenzeit ausgehändigt. Es geht um die Stellungnahme des Gemeinderates zum Mitwirkungsverfahren RGSK II. Ich zitiere die Frage: *Was gedenkt der Gemeinderat gegen das aktuell im Mitwirkungsverfahren stehende Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK II) zu unternehmen?*

Der Gemeinderat ist grundsätzlich nicht gewillt, etwas gegen das RGSK II zu unternehmen. Verschiedene Elemente sind der Gemeinde Ostermundigen jedoch wichtig. Ein konkretes Beispiel ist die Errichtung einer Velostation beim Bahnhof Ostermundigen.

Die Interpellanten haben jedoch primär die Entwicklung des Siedlungsgebietes angesprochen. Die Entscheide des Parlamentes vor knapp einem Jahr in Bezug auf den „Raumentwicklungswegweiser 2025“ sind im RGSK II nicht aufgenommen worden. Im Abschnitt Umfahrungsstrasse/Zollgasse ist alles eingefärbt, d. h. dieses Gebiet soll eingezont oder umgezont werden. Eine ähnliche Situation ist im Bereich Rütibühl erkennbar. Die Interpellanten machen sich Sorge und wollen gegen die Absichten der RGSK II vorgehen.

In den gemeindeinternen Gremien wie FABUE, Planungskommission wurde das Thema noch nicht debattiert. Das RGSK II widerspricht klar dem Raumentwicklungswegweiser 2025 der Gemeinde Ostermundigen. Der Gemeinderat ist gewillt, die innere Verdichtung voranzutreiben (z. B. Lindendorf 2).

Die Geschäftsprüfungskommission hat beliebt gemacht, das Parlament in die Mitwirkung einzubinden. Die Mitwirkungsbeiträge des Gemeinderates (Beschlussfassung am 30. Juni 2015) werden der Geschäftsprüfungskommission (GPK) via E-Mail zur Kenntnis gebracht. Im Herbst 2016 wird die Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) über das Geschäft entscheiden.

Ratspräsident Rudolf Mahler (SP): Die folgenden parlamentarischen Neueingänge sind heute Abend eingegangen:

- Überparteiliche Motion betreffend Velohauptachse Ostermundigen - Bern - Köniz
- Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stabilisierung der Gemeindefinanzen
- Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Oberfeldquartier: Eine gute Mischung macht's aus!
- Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) - Allfällige Mehrkosten der Sanierung bei einer Überführung in eine Sammelstiftung und Abbildung der Sanierungskosten in den Gemeindefinanzen
- Interpellation FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Umgang mit Hausbesetzungen in Ostermundigen

10.3.72 Motionen
40.1.18 Radwegnetz; Allgemeines

44. Überparteiliche Motion betreffend Velohauptachse Ostermundigen - Bern - Köniz, parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat von Ostermundigen legt gemeinsam mit den Gemeinden Bern, Köniz und dem Kanton eine Velohauptachse Ostermundigen Rüti - Ostermundigen Bahnhof - Hauptbahnhof Bern - Köniz - Schliern fest, auf welcher Velofahrende sicher, schnell und direkt zum Ziel gelangen.

- Die Velohauptachse wird in einer ersten Phase auf bestehenden Neben- und Hauptstrassen durchgehend signalisiert, Hindernisse werden reduziert und Gefahrenstellen entschärft, flüchtig rote Markierungen in Knotenbereichen aufgetragen, Querungshilfen erstellt, Ampeln auf Velos optimiert und die Einführung mit Kommunikationsmassnahmen begleitet.
- In einer zweiten Phase wird die Linienführung verbessert und entsprechende Ausbaumassnahmen ins Agglomerationsprogramm integriert.

Begründung

Im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept wird eine massive Verkehrszunahme prognostiziert. Zur Erreichung der nötigen Verkehrskapazitäten kann der Veloverkehr einen entscheidenden Beitrag leisten, mit einem äusserst vorteilhaften Kosten/Nutzen-Verhältnis. Damit das Potential des Veloverkehrs zum Tragen kommt, braucht es ergänzend zu den Velostreifen entlang der ÖV-Linie 10 zur Entlastung von Engpässen eine direkte, gut signalisierte und sichere Velohauptachse entlang der unten aufgeführten Route. Auf einer solchen Velohauptachse kann die Stadt gleich schnell und kostengünstiger erreicht werden wie mit dem Auto oder mit dem Öffentlichen Verkehr. Heute ist eine Fahrt mit dem Velo von Ostermundigen nach Bern hindernisreich und gefährlich, und ohne Massnahmen wird die Sicherheit auf Grund der Verkehrszunahme weiter kompromittiert. Eine sichere und direkte Route ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein Umsteigen auf das Velo.

Nach dem Festlegen einer geeigneten Veloroute Ostermundigen - Bern - Köniz auf bestehenden Strassen und Wegen, werden in einer ersten Phase Investitionen in die Sicherheit getätigt wie Querungshilfen, Vortrittsregelung auf Quartierstrassen, Beseitigung von Gefahrenstellen und Hindernissen, Markieren von Velostreifen, und eine lückenlose Signalisation. Eine durchgehende Markierung entlang der ganzen Achse, erhöht die Sichtbarkeit der Routenführung und die Publikumswirksamkeit der Hauptachse.

In einer zweiten Phase wird dann mit Baumassnahmen die Routenführung optimiert. Ziel ist eine sichere Veloroute, die möglichst wenig Konfliktpotential mit dem Auto, Bus, Megabus, Zug oder Tram aufweist. Die notwendigen Baumassnahmen werden nach Möglichkeit über das Agglomerationsprogramm finanziert.

Hintergründe

Die Forderungen der Motion entsprechen den Zielen des Sachplans Veloverkehr des Kantons, der am 3.12.2014 genehmigt wurde. Zudem soll mit dem Vorstoss eine Basis für die notwen-

digen Gespräche mit der Stadt Bern geschaffen werden, welche im Hinblick auf die von der Verkehrsdirektorin Ursula Wyss Ende März 2015 angekündigte Velo-Offensive auf unsere Gemeinde zukommen.

In den Parlamenten von Köniz und Bern wurde diese Motion in ähnlichem Wortlaut bereits im Januar 2015 eingereicht.

Im Hinblick auf eine erneute Tramvorlage erhöht der Vorstoss die Chancen, auch von Pro Velo Bern Unterstützung zu erhalten. Falls sich die Trampläne konkretisieren, ist die neue Hauptachse nur schon für die Bauzeit dringend notwendig. Falls das Tram nicht gebaut wird, ist die Schaffung der geforderten Velohauptachse doppelt dringend, weil sich die Behebung von aktuellen Gefahrenstellen entlang der Linie 10 auf unbestimmte Zeit verzögert.

eingereicht am 7.5.2015

sig. Andreas Burckhardt (Grüne), Cédric Luyet (Grünliberale)

10.3.72 Motionen
20.1.01 Jahresvoranschläge, Budgets

45. Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Stabilisierung der Gemeindefinanzen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass künftig in der Regel nur ausgeglichene Voranschläge dem Grossen Gemeinderat vorgelegt werden. Des Weiteren soll festgehalten werden, dass der Grosse Gemeinderat defizitäre Voranschläge nur dann verabschieden darf, wenn er dies mit 60 % der Stimmen beschliesst.

Sofern erforderlich, soll der Gemeinderat dem Parlament Vorschläge zur Anpassungen der Gemeindeordnung und/oder der Reglemente unterbreiten.

Begründung

Die Gemeinde Ostermundigen steckt seit Jahren in einer finanziell schwierigen Situation. Nun wird das Eigenkapital der Gemeinde aufgebraucht und die finanziellen Aussichten sehen nicht besser aus als vor vier Jahren.

Der Motionär fordert daher einen Strategiewechsel in der Finanzpolitik. Budgets sollten zum Ziel haben, dass die Ausgaben die Einnahmen im Regelfall nicht überschreiten. In Ostermundigen kann aber gezeigt werden, dass man schon seit längerem Defizite schreibt und die Durchführung von nötigen Reformen harzt.

Deshalb erhofft sich der Motionär einen Anstoss zur Lösung durch diese Motion.

Einerseits ermöglicht die 60 %-Klausel, dass es eine Ausnahmeregelung gibt für den Fall, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dermassen gravierend sind, dass ein Defizit eine breite politische Zustimmung findet.

Andererseits wird das Parlament gestärkt durch die Annahme dieser Motion, weil neu eine grosse Mehrheit nötig ist, um ein defizitäres Budget zu verabschieden. So sind insbesondere die kleineren Fraktionen in ihrer Interessenvertretung geschützt, weil keine knappen Mehrheiten (Bündnis der grossen Fraktionen oder Kleinststimmenkoalitionen) mehr genügen.

Die Aufforderung nach einem ausgeglichenen Budget ist weniger einengend, als wenn eine ausgeglichene Rechnung oder ausgeglichene Konten verlangt würden. Denn so wird die Politik lediglich verpflichtet, dass die finanzielle Planung des jeweiligen Jahres ausgeglichen sein soll, nicht das konkrete Jahresergebnis. So erhält die Politik auch den nötigen Spielraum, um Unvorhergesehenes zu bewältigen, ohne dafür sogleich eine Kürzung an anderer Stelle vornehmen zu müssen.

eingereicht 7.5.2015

sig. Bruno Grossniklaus

10.3.72 Motionen
50.8.13 Ruhender Verkehr

46. Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Parkplatzregime neues Oberfeldquartier: Eine gute Mischung macht's aus!; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Parkplatzsituation im neuen Oberfeldquartier zu prüfen und ein benutzerfreundliches Regime einzuführen.

Begründung

Das neue Oberfeldquartier (Lindenweg, Erlenweg, Kirchbaumweg) verfügt nur über bezahlbare Parkplätze. Dies ist keine gute Mischung. Zu Gunsten von Kurzaufenthalten oder Besuchern am Wochenende macht es Sinn, die Situation zu überprüfen und zum Beispiel einen Teil dieser Parkplätze in eine blaue Zone umzuwandeln. Das jetzige Parkplatzregime im Oberfeld steht im Kontrast zu anderen Quartieren. Wegen der Perimeterregelung ist es den Bewohner und -innen zudem nicht möglich, in den angrenzenden Quartieren Parkkarten für die blaue Zone zu erwerben.

eingereicht 7.5.2015

sig. Tobias Weibel, B. Leumann

10.3.74 Interpellationen
20.9.21 Pensionskasse

47. Interpellation GLP/CVP-Fraktion betreffend Personalvorsorge- stiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermun- digen (PVS BIO) - Allfällige Mehrkosten der Sanierung bei einer Überführung in eine Sammelstiftung und Abbildung der Sanierungskosten in den Gemeindefinanzen; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

Im Zusammenhang mit der Sanierung der PVS BIO wurde seitens des Gemeinderats verschiedentlich erwähnt (u. A. in seiner Antwort auf die Interpellation C. Nova), dass die Sanierungskosten für die Gemeinde bei einer Überführung in eine Sammelstiftung mit einmaligem Sanierungsaufwand grösser wären als die Sanierungskosten, die (über mehrere Jahre verteilt) bei einer Weiterführung als selbstständige Stiftung anfallen würden. Diese Tatsache ist nicht intuitiv und zumindest erklärungsbedürftig:

Es ist davon auszugehen, dass die Sanierungskosten durch die Deckungslücke der Vorsorge-
stiftung bestimmt sind. Die Deckungslücke der PVS BIO wird als Differenz der Bewertung der
Verbindlichkeiten und der Anlagen bestimmt. Insbesondere bei der Bewertung der Verbind-
lichkeiten sind dabei gewisse Annahmen versicherungstechnischer Natur zu machen; dies
betrifft unter anderem Lebenserwartungen, technischen Zinssatz, Mindestverzinsung. Zudem
ist bei in beiden Varianten von einem Beitragsprimat auszugehen.

Inwiefern die Weiterführung als selbstständige Stiftung respektive die Überführung in eine
Sammleinrichtung für die Bewertung der Verbindlichkeiten und Anlagen und somit der De-
ckungslücke relevant sein soll, ist nicht unmittelbar nachvollziehbar.

Die vorliegende Interpellation verlangt dazu vom Gemeinderat eine verständliche Erklärung
und eine Quantifizierung allfälliger Zusatzkosten unter gleichen, realistischen versicherungs-
technischen Annahmen.

Ebenfalls wichtig ist, wie sich die Sanierungskosten in der Gemeindefinanzrechnung auswirken wer-
den. Insbesondere interessiert, ob sich der Aufwand bei einer Einmalzahlung, die wahrschein-
lich bei einer Überführung in eine Sammelstiftung getätigt werden müsste, buchhalterisch
über mehrere Jahre verteilen liesse.

Fragen

1. Ist es so, dass die Sanierungskosten bei einer Überführung der PVS BIO in eine Sammel-
einrichtung für die Gemeinde Ostermundigen zwingend höher wären, als die Sanierungs-
kosten beim Führen als selbstständige Stiftung?
2. Falls dem so ist, was sind die technischen Hintergründe?
3. Unter gleichen versicherungstechnischen Annahmen (u. A. Sterbetafeln, techn. Zinssatz,
Renditen), um wie viel wäre die Sanierung teurer bei einer Überführung in eine Sammel-
einrichtung?

2. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 7. Mai 2015

4. Wie würde eine Einmalzahlung zwecks Sanierung der Vorsorgeeinrichtung in den Gemeindefinanzen abgebildet?
5. Ist es möglich, den bei einer Einmalzahlung anfallenden Aufwand in der Gemeinderechnung über mehrere Jahresergebnisse zu verteilen (zum Beispiel durch Aktivierung der Kosten und verteiltes Abschreiben)?

eingereicht 7.5.2015

sig. Luca Alberucci, E. Rippstein, M. Gasser , C. Luyet, S. Löhner

10.3.74 Interpellationen
50.8.00 Allgemeines

48. Interpellation FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Umgang mit Hausbesetzungen in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Hausbesetzungen sind gesetzeswidrige Handlungen und als solches nicht zu tolerieren. Da in naher Zukunft diverse alte Häuser in unserer Gemeinde leer stehen werden bedarf es einer Diskussion, wie mit diesen in den Übergangszeiten umgegangen wird. Wenn eine Liegenschaft zum Abbruch bereit und leer steht, hat das immer seine Gründe. Diese Orte sind in Sachen Optik keine gute Referenz für unsere Gemeinde mehr. Werden diese Gebäude einfach weiter betrieben, können aufgrund mangelnder Wartung Sicherheitslücken wie z. B. durch die Strominstallation entstehen. Energetisch gesehen macht es keinen Sinn, für die Heizung Ressourcen aufzuwenden in Häusern, in denen selbst Fensterscheiben fehlen usw..

Fragen

1. Was tut der Gemeinderat, um leer stehende Gebäude in unserer Gemeinde zu vermeiden?
2. Klärt der Gemeinderat den Bedarf zur ordentlichen Nutzung von zwischenzeitlich leer stehenden Gebäuden bei regionalen Vereinen und Organisationen im Vorfeld ab?
3. Hat der Gemeinderat ein Konzept zum Vorgehen bei unangekündigten Hausbesetzungen und wie können künftige Hausbesetzungen vermieden werden?

eingereicht 7.5.2015

sig. Tobias Weibel, B. Leumann

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsident:

Der Ratssekretär:

Rudolf Mahler

Jürg Kumli

Der Stimmenzähler a. i.:

Der Stimmenzähler:

Hasan Ögüt

Gerhard Zaugg